

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Köln: Kritischer Polizist wegen Holzpferd vor Gericht

S. 14



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2

Börse: „Champagnerlaune“
verfliegt 3

Wie starb Wolfgang Grams? 4

Bonn „erzieht“ Zeman (Prag) 5

Niedriglohnland BRD? 5

Frauen immer noch zweite Garnitur 6

Die Feminisierung der Armut 6

Eine kurdische Kandidatin
für den Deutschen Bundestag 7

Auslandsberichterstattung

Apartheidbedingte Schulden 8

Neue Guerilla in Guerrero –
Abspaltung von der EPRr 9

Demo und Konferenz zur
kurdischen Frage in Lausanne 9

Bombenanschläge auf
US-Botschaften 9

Meldungen 11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand 12

Arbeit und Reichtum umverteilen 13

Sechs Demonstrationen 13

Einstimmig: Einstieg in Ausstieg 14

Kritischer Polizist wegen
Holzpfad vor Gericht 16

O-Ton 16

Rostock:Bündnis gegen
NPD-Kundgebung 16

Berlin: Bündnis gegen
Revanchismus 16

Kommunale Politik 17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war? 18

Stuttgart: Kein Großklinikum! .. 19

Neues Überwachungsgesetz droht 19

Gegen Tarifflicht 20

Mittelbetriebs Börsengang 20

FAG Kugelfischer: Asienmärkte
gegen Arbeitsplätze 21

Diskussion und Dokumentation

In und bei der PDS 22

Das „Neue Deutschland“ in der
Falle der „Nationalrevolutionäre“
Redaktionelle Anmerkung 22

Ulla Jelpkes offener Brief an die
Redaktion des ND 22

Kommentar: Brie macht es falsch 23

Konvention des Europarats zum
Schutz von Minderheiten und die
Politik der Bundesregierung 24

Letzte Seiten

Slums und Kinderarbeit im Deutsch-
land der 20er und 30er Jahre 25

Vor 65 Jahren: Prof. Theodor
Lessing erstes Opfer des Faschismus
in der Tschechoslowakei 27

Termine 28

AKTUELL IN BONN EXPO-PLEITE: Der Finanzchef der in Portugal laufenden „Expo 1998“ ist verhaftet worden. Er soll mehrere Millionen DM veruntreut haben. Auch bleiben die Besucherzahlen in Lissabon weit unter den Erwartungen. Die „Expo 2000“ unter ihrer berühmten Chefin Birgit Breuel kommt nun auch in erfreuliche Schwierigkeiten. Statt der angekündigten „schwarzen Null“ in der Bilanz kündigt sich ein Riesendefizit an – im dreistelligen Millionenbereich, heißt es derzeit. Angeblich 200 bis 300 Millionen DM fehlen. Dabei haben von den als „Sponsoren“ gewünschten Konzernen der BRD auch erst knapp die Hälfte zugesagt. Selbst Daimler-Benz zögert noch. Auch die von Breuel angekündigten 20 Millionen Besucher für die Expo 2000 glaubt inzwischen kaum noch jemand. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Kolbe hat bereits den Rücktritt von Birgit Breuel gefordert. Im „Handelsblatt“ heißt es, außer der geforderten Steuerbefreiung oder einem Zuschuß in gleicher Höhe gäbe es noch eine weitere Alternative: „Man kann die Expo absagen.“ Helmut Kohl und Gerhard Schröder, beide bis über den Hals in die Vorbereitung der Monsterausstellung verstrickt, werden sich etwas einfallen lassen müssen.

BAFÖG-RÜCKGÄNGE: Die Zahl der Bezieher/innen von staatlicher Ausbildungsförderung ist weiter rückläufig. Hatten 1991 noch 873 000 Schüler/innen und Studierende staatliche Ausbildungsförderung in Anspruch bezogen, so sank diese Zahl bis 1997 auf 535 000 Personen. Diesen Rückgang der Zahl der Geförderten um beinahe 40% in sechs Jahren meldete jetzt das Statistische Bundesamt. Von den 535 000 noch bezugsberechtigten Personen lebten 410 000 in Westdeutschland, 125 000 in Ostdeutschland. Einer der Gründe für den drastischen Rückgang der Förderung liegt darin, daß die Einkommensgrenzen für das Einkommen der Eltern von Juli 1995 bis Juli 1998 nicht angepaßt wurden. So gaben Bund und Länder 1997 nur noch 2,422 Milliarden DM für Bafög aus, 11,1% weniger als im Jahr davor. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 491 DM im Monat, ein Studierender 624 DM.

ATOMKRAFT TODSICHER: „Nur 2 030 meldepflichtige Ereignisse“ in den letzten 10 Jahren verzeichnet der neueste Regierungsbericht zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen in Deutschland, den das Bundeskabinett auf seiner ersten Sitzung nach der „Sommerpause“ am 11. August verabschiedete und den Umweltministerin Merkel am gleichen Tag der Öffentlichkeit präsentierte. Wirtschaftszeitungen wie das „Handelsblatt“ berichten sicherheitshalber die Zahl der Störfälle gleich gar nicht, sondern nur, daß die Zahl der Störfälle in den letzten 10 Jahren um 50% zurückgegangen sei. Mit anderen Worten: In den zehn Jahren müssen die

Behörden sogar weit über 3 000 „meldepflichtige Ereignisse“ erfaßt haben – ganz zu schweigen von den nicht gemeldeten bzw. verschweigenden Störungen. Trotzdem behauptet die Ministerin, das Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke sei „hervorragend“. Ein Abschalten der derzeit 19 Reaktoren in der BRD sei „nicht zu verantworten“.

26 PRIVATE VERKEHRSPROJEKTE:

Kurz vor Ende seiner Amtszeit hat CDU-Verkehrsminister Wissmann noch einmal die großen Verkehrsvorhaben seines Ministeriums in den nächsten vier Jahren vorgestellt. Danach sollen in den Jahren 1999 bis 2002 insgesamt 90 Milliarden DM für Verkehrsinfrastruktur (Straßen- und Schienenverkehr) ausgegeben werden, weitere 53 Milliarden DM zur Förderung des Ausbaus des öffentlichen Personennahverkehrs. Bei 26 Vorhaben ist bereits jetzt eine private Vorfinanzierung und damit zumeist verbundene Mautgebühr oder ähnliche Abgabe für die Nutzer vorgesehen, zumeist handelt es sich dabei um Brücken, Tunnel und ähnliche teure Verkehrsvorhaben. Eine flächendeckende Maut z.B. für Autobahnutzer wie von der CSU gefordert will der Minister aber nicht. Das ginge nur mit einer EU-Vereinbarung.

KOMBILOHN: Um kurz vor den Wahlen noch den Eindruck arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten zu erwecken, hat Arbeitsminister Blüm letzte Woche „Eckpunkte für einen Gesetzentwurf“ zur Einführung von Kombilohn vorgestellt. Der Gesetzentwurf selbst soll erst nach den Wahlen eingebracht werden, ist also in Wirklichkeit in vielen Punkten völlig offen. Blüms Vorschlag: Zwei Jahre lang soll das Arbeitsamt an Langzeitarbeitslose, die einen neuen Billigjob annehmen, private Subventionen zahlen, die dazu führen, daß das „Nettoentgelt“ im neuen Job auf 73 bzw. 77% des früheren Nettoeinkommens (vor Beginn ihrer Arbeitslosigkeit) erhöht wird. Wie „billig“ der neue Job sein darf, ob 200 oder 300 DM im Monat, mehr, weniger? Alles offen! Zwar behauptet Blüm, auch die „Billigjobs“ müßten nach Tarif bezahlt werden. Faktisch aber würden mit dem Programm Beschäftigungen wieder aufleben, für die zwar noch Tarife bestehen, die aber kaum jemand annimmt. Das Arbeitsamt würde so von Arbeitslosenhilfe „entlastet“, Armutsjobs nach US-Vorbild, von denen niemand leben kann, sollen aufblühen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 23.8. eröffnet die CDU ihren Bundestagswahlkampf in Dortmund. Am 28.8. ist CSU-Parteitag in München, am 29.8. FDP-Parteitag in Bonn. Vom 1.-4.9. berät der Bundestag über den Entwurf des Bundeshaushalts 1999. Am 13.9. sind Landtagswahlen in Bayern, am 20.9. Wahlen in Schweden, am 27.9. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Meckl.-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg.

Die „Champagnerlaune“ der Börse verfliegt

An den internationalen Aktienbörsen ändert sich nach dem langen Kurs- und Dividendenboom die Stimmung sichtlich. Katerstimmung kommt auf.

Die immer langwieriger werdende Überproduktionskrise in Japan (hervorgeufen durch eine Überakkumulation von Kapital, das in windige Immobilien- und Auslandsgeschäfte angelegt wurde und nun nicht die erwarteten Renditen bringt), die weiter anhaltende Krise der Ex-„Tigerstaaten“ in Südostasien (denen nun bis ins Jahr 2000 und länger wirtschaftliche Stagnation prophezeit wird), Sorgen über eine Krise in China sowie die immer manifester werdende Krise in Rußland beeinträchtigen immer mehr die ohnehin vielfach schon völlig überhöhten Renditeerwartungen der Börsenanleger.

Es geht wieder abwärts ...

Zwar kündigen deutsche Konzerne immer noch steigende Gewinne und also auch weiter steigende Dividenden an. Aber die Stimmung an den Börsen wird dadurch nicht unbedingt besser. Denn die anhaltende Kapitalflucht aus Südostasien und Rußland hatte die Börsenkurse in den USA und Europa in letzter Zeit ohnehin in schwindelnde Höhen getrieben – so hoch, das andere Anlagen inzwischen eine deutlich bessere Rendite abwerfen.

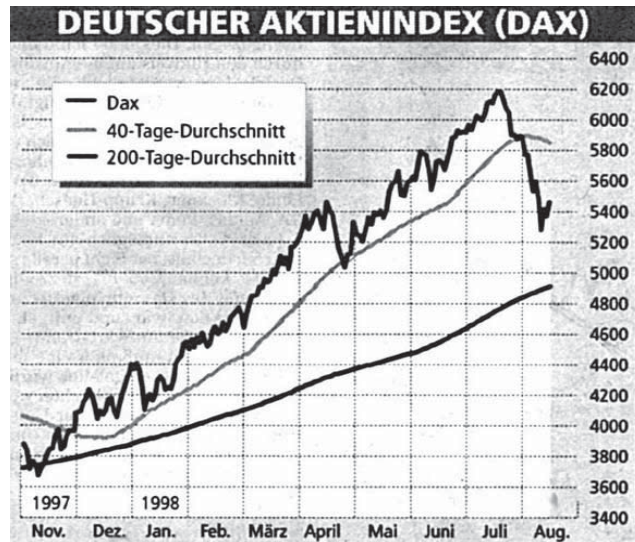
Die SAP-Aktie z.B. wies letzte Woche bei einem DAX von 5270 ein „Kurs-Gewinn-Verhältnis“ von beinahe 90 Punkten aus, d.h. wer zu diesem Zeitpunkt SAP-Aktien kaufte, konnte mit einer Dividende in Höhe von ca. 1,1% des derzeitigen Aktienpreises rechnen. Jedes Sparbuch bietet doppelte bis dreifache Verzinsung. Wenn jetzt noch die Spekulation auf weiter steigende Kurse dieser Aktie zusammenbricht, die vielfach Anleger in die SAP-Aktie gelockt und dem Konzern billiges Geld verschafft hatte, dann ist ein weiterer Kursverfall sicher.

Bei der Allianz lag das „Kurs-Gewinn-Verhältnis“ bei 52 – umgerechnet also unter 2% Dividende, Deutsche Telekom 24,5 (knapp 4% reale Dividende), Dresdner Bank dito, Mannesmann 49,4 = knapp über 2%, BMW 26,9 = unter 4% Rendite.

Da gleichzeitig jede Bundesanleihe mit über 4% verzinst wird, Weltbankanleihen werden sogar mit bis zu 10% Verzinsung gehandelt, kann man sich die Verlockung für Anleger, aus Aktien auszusteigen und ihr Geld in solchen Anleihen anzulegen, lebhaft vorstellen.

All das hat dazu beigetragen, den „DAX“, den gewichteten Kurs der großen Aktien an deutschen Börsen, von einem Spitzenstand von 6200 Punkten binnen

kurzem um ca. 15% auf ca. 5300 Punkte fallen zu lassen. Schon wird an den Börsen eine angeblich „kritische Marke“ des DAX von 4900 bis 4800 Punkten gehandelt – das entspricht den Aktienkursen vom Februar dieses Jahres. Sollten die Kurse unter diese Marke fallen, sei mit dem Ausstieg größerer Vermögen aus dem



Der DAX mal wieder anders – abwärts ...

laufenden Aktiengeschäft zu rechnen.

Spekulationsgefahr schürt die „Flucht in Anleihen“

Noch heiterer könnte die Lage an den Börsen bei einer heftigen Spekulation gegen den japanischen Yen und nach der Einführung des Euro werden. Schon jetzt rechnen selbst große Konzerne wie z.B. Daimler damit, daß nach Einführung des Euro der Kurs des Dollar gegenüber dem Euro sinken wird – mit der Folge, daß die hohen Extraprofiten, die z.B. die deutschen Automobilkonzerne derzeit mit ihren Exporten in den Dollarraum machen, dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne. Eine heftige Spekulation gegen den japanischen Yen, die den Kurs des Yen gegenüber dem Dollar weiter nach unten drückt, könnte den Dollarkurs sogar schon früher unter Druck bringen, weil den US-Konzernen dann das Exportgeschäft nach Asien noch weniger profitabel wird.

Eine Stagnation an den Börsen, womöglich aber eine anhaltende Talfahrt der Kurse wird deshalb in den Fachblättern der Börsianer für immer wahrscheinlicher gehalten. „Die Zeit des Investments in Anleihen kommt zurück“, schreibt das *Handelsblatt* am 14.8.

Fallende Kurse verringern auch den Ertrag für Lebensversicherungen

Ein weiterer Verfall der Aktienkurse, vermutlich aber schon eine einfache Stag-

nation der Kurse, wird auch andere Anlager unter Druck bringen. Die großen Fondsverwalter zum Beispiel, die die privaten Lebensversicherungen vieler Leute verwalten, geraten dann ebenfalls unter Druck. Ihre Prognosen über den Wertzuwachs der privaten Lebensversicherungen könnten sich dann als leeres Ge-

rede herausstellen und so manche Hoffnung auf spätere hohe Lebensversicherungszahlungen begraben. Übrig bliebe nur die vertraglich zugesagte Verzinsung der privaten Lebensversicherung – und die liegt oft niedriger als ein einfacher Sparbuchzins.

Zentralbanker stützt gesetzliches Rentensystem

Genau in dieser ohnehin für die Propagandisten der Börsenspekulation und der privaten Versicherungswirtschaft schwierigen Situation hat sich der Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Hans-Jürgen Krupp, Anfang August mit einer derben Stellungnahme zugunsten der gesetzlichen Rente und gegen

falsche Versprechen bei privaten Lebensversicherungen zu Wort gemeldet. Die von den Verfechtern privater Lebensversicherungen und einer Rentenversicherung auf Kapitaldeckungsbasis ins Feld geführte angeblich hohe Rendite für private Versicherungen sei ausgesprochen unsolid. Die Krisen in Mexiko, in Moskau, Asien und anderswo, so das *Handelsblatt* über seine Ausführungen, „hätten zu einem erheblichen Kapitalzufluß in die Finanzmärkte der USA und Europas geführt und hier zu einer Überbewertung der Aktienkurse geführt, die alles andere als ein Beleg für dauerhaft hohe Renditen aus der Kapitaldeckung sei“.

Im Gegenteil drohe bei einer weiteren Aushöhlung der gesetzlichen Rente und einem Übergang zu einer weitgehend privat finanzierten Altersvorsorge eine gravierende Gefahr von „Versorgungslücken und Altersarmut“. Die von Leuten wie dem CDU-König von Sachsen, Biedenkopf, der FDP, der Deutschen Bank und anderen propagierte Ersetzung des derzeitigen Rentensystems durch eine staatliche Mindestrente und private Lebensversicherungen sei „mit inakzeptablen Risiken für die Bürger verbunden“.

Die Deutsche Bank und der Herr Miegel

Der Zentralbankchef von Hamburg, der auch im Zentralbankrat der Bundesbank sitzt, legte sich sogar direkt mit der Deutschen Bank an. „Krupp warf den deutschen Banken vor, die Unsicherheit über

die Altersversorgung zu nutzen, um sich neue Geschäftsfelder zu erschließen. Das jüngste Beispiel hierfür sei die gerade erschienene Veröffentlichung einer Institution, die unter dem anspruchsvollen Titel ‚Deutsches Institut für Altersvorsorge‘ auftrete, sich aber bei näherem Hinsehen als 100%ige Tochter der Deutschen Bank erweise.

Interessanterweise sei Meinhard Miegel, der seit langem den Ersatz der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine steuerfinanzierte Grundrente und private Kapitalbildung fordere, der Beiratsvorsitzende dieser Interessenvertretung.“ (Zitiert nach dem *Handelsblatt*, 5.8.98)

Der feine Herr Miegel, alter Biedenkopf-Partner und in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen gerne als rechter Propagandist für „freie Marktwirtschaft“, „Deregulierung“ und „schlanken Staat“ zitiert, wird also nicht nur von der Deutschen Bank dafür gut bezahlt, er verbindet vermutlich auch noch ganz private Bereicherungsabsichten mit seinen Propagandakampagnen gegen die gesetzliche Rente.

Daß sich der Hamburger Zentralbankchef gerade in dieser schwieriger werdenden Zeit an den Börsen mit seiner herben Kritik zu Wort meldet, dürfte nicht zufällig sein. Wenn große Vermögen an den Börsen ins Rutschen kommen, können viele Leute aus dem bürgerlichen Mittelstand zu Schaden kommen. Da heißt es frühzeitig vorbeugen und vor Schaden warnen.

Die lange verfliegen geglaubten Risiken der freien Marktwirtschaft für Anleger kehren also unübersehbar zurück. Sie beeinflussen auch das ideologische Klima im gutverdienenden und vermögenden Mittelstand und womöglich noch weiter.

Hoffen wir also auf weitere frohe Nachrichten von der Börsenfront und verteidigen derweil mit Zähnen und Klauen die Beitragspflicht der Kapitalisten für die gesetzliche Rente und die anderen Sozialversicherungen. *rül*

Quelle: Handelsblatt, 5.8. bis 14./15.8.98

5 Jahre nach Bad Kleinen Wie starb Wolfgang Grams?

Am 13. und 14. August, mehr als fünf Jahre nach dem gewaltsamen Tod von Wolfgang Grams (RAF), nahm die Erste Zivilkammer des Landgerichts Bonn den Tatort, den Bahnhof Bad Kleinen, in Augenschein und vernahm mehrere Augenzeugen. Damit untersucht erstmals ein Gericht den Tathergang.

Die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin hat die Ermittlungen längst abgeschlossen, ohne sie jemals ernsthaft



Die Gedenktafel, die Freundinnen und Freunde von Wolfgang Grams im Juli 1993 im Bahnhof von Bad Kleinen anbrachten, wurde kurz darauf von Staats wegen abgenommen. (aus: Angehörigen Info Nr. 210)

geführt zu haben.

Damit war die von allerhöchster Seite von der ersten Stunde an in die Welt gesetzte Version, nach der Wolfgang Grams sich selbst erschossen hat, amtlich geworden, obwohl beziehungsweise weil Zeugenaussagen ignoriert und zahllose Spuren vernichtet wurden, gravierende Widersprüche unaufgeklärt blieben und Gutachten, die darauf hinwiesen, nicht zur Kenntnis genommen wurden.

Nur dem zähen Willen der Eltern von Wolfgang Grams, die Todesumstände ihres Sohnes gegen alle staatlichen Widerstände doch noch aufzuklären, ist es zu verdanken, daß die Aktendeckel nicht geschlossen bleiben. Denn die Eltern gehen, wie viele andere Menschen, davon aus, daß Wolfgang Grams, wehrlos auf den Schienen liegend, von Beamten der GSG-9 erschossen wurde.

Deshalb haben sie, nachdem auch ein Klageerzwingungsverfahren erfolglos blieb, zum einen den Europäischen Gerichtshof in Straßburg angerufen, um so die deutsche Justiz zu zwingen, den Fall doch noch aufzurollen – wann sich das Straßburger Gericht allerdings damit befaßt, ist noch unklar. Zum anderen klagen die Eltern in einem Zivilverfahren auf Erstattung der Beerdigungskosten für ihren Sohn durch die Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Amtshaftung.

Letzteres ist der Grund dafür, daß sich jetzt die Zivilkammer des Bonner Landgerichts mit den Todesumständen befaßt und die Ermittlungen „grundsätzlich neu“ durchführt. Schon vor der Zeugenvernehmung wollte der Gerichtssprecher nicht ausschließen, daß das Gericht zu einem anderen Ergebnis kommen könne als seinerzeit die Schweriner Staatsanwaltschaft.

Die Zeugenvernehmung ergab Widersprüchliches und bestätigten die staatliche Version insgesamt nicht. Zwar außer-

ten zwei Zeugen, keinen Schuß mehr gehört zu haben, nachdem Grams auf die Schienen gefallen sei.

Doch die Kioskbesitzerin, die 1993 sofort ausgesagt hatte, sie habe gesehen, wie ein GSG-9-Beamter Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß regelrecht hinrichtete, bestätigte ihre Aussage; ein Bremer Journalist, dessen Aussage vor fünf Jahren ungehört blieb, bezeugte dasselbe, und auch ein *Spiegel*-Redakteur bestätigte, daß man die Aussagen eines anonymen Informanten, der wahrscheinlich am Einsatz beteiligt war, seinerzeit als glaubwürdig eingeschätzt habe. *sec*

BRD–Tschechische Republik

Bonn „erzieht“ Zeman (Prag)

Es genügten ein paar Worte, schon war Feuer auf dem Dach. Dabei hatte der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman, der an der Spitze der neuen sozialdemokratischen Regierung steht, im tschechischen Fernsehen nur erklärt, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Gegner der deutsch-tschechischen Erklärung nicht in den Koordinierungsrat des auf Grundlage dieser Erklärung gebildeten deutsch-tschechischen Gesprächsforums gehört.

Zeman sagte wörtlich: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft gehört entschieden nicht zu den Organisationen, die diese Deklaration unterstützen. Und ähnlich wie auf unserer Seite dort (im deutsch-tschechischen Koordinierungsrat, d. Red.) keine Kommunisten und Republikaner sind, sehe ich keine Ursache dafür, daß dort von der deutschen Seite

aus die Sudetendeutsche Landsmannschaft ist.“

Nichts mehr. Aber diese Worte haben eine wirklich hysterische Reaktion der deutschen Politiker entfacht: Zeman erlaubt sich, die gute Landsmannschaft mit den „tschechischen Extremisten“ zu vergleichen!

Vom Urlaub hat sich Helmut Kohl hören lassen, um Zeman daran zu erinnern, wer hier der Herr ist. Theo Waigel fordert von Zeman eine Entschuldigung, Edmund Stoiber droht gar mit einer Blockade beim Beitritt der Tschechischen Republik in die EU. Scharfe Kritik kommt auch von Klaus Kinkel, selbst von den „brüderlichen“ bayerischen Sozialdemokraten.

Die scharfe Reaktion aus Deutschland wird in der Tschechischen Republik einmütig durch die Lage vor den Wahlen erklärt.

Es ist aber sicher, daß der Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten für die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre Paten nicht nur wegen dieser fast unschuldigen Erklärung unbequem ist. Schon vor zwei Jahren sagte er nämlich zum Beispiel: „Was ist eigentlich schlecht an unserer Forderung, daß das tschechische Abgeordnetenhaus mit einem ausdrücklichen Beschluß alle Versuche, das Potsdamer Abkommen und die tschechische Rechtsordnung einschließlich der Beneš-Dekrete in Zweifel zu ziehen, ablehnt?“

Insofern weiß ich, die tschechische Seite hat der deutschen Seite niemals geraten, ihre Gesetze zu ändern. Hat die deutsche Seite etwa irgendwelche höheren Rechte?“

Und in der Regierungserklärung der Zeman-Regierung steht: „Die Beziehungen mit Deutschland haben für die tschechische Republik grundsätzliche Bedeutung. Die Regierung teilt die Meinung, daß die Perspektive der beiderseitigen deutsch-tschechischen Beziehungen in ihrer Einstellung für die Zukunft ... liegt. Die Regierung geht davon aus, daß die Resultate des Zweiten Weltkriegs nicht in Zweifel gestellt werden können.“ Also nichts, was Edmund Stoiber oder Theo Waigel oder Herrn Neubauer gefallen könnte.

Die Äußerung Zemans, wer in den Koordinierungsrat gehöre und wer nicht, hat aber noch einen anderen Aspekt: Sie stellt die tschechischen Kommunisten auf die gleiche Ebene mit den Republikanern als auch mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Zeman macht keinen Unterschied (und will das auch nicht) zwischen dem prinzipiellen und begründeten Standpunkt der Kommunisten zu dieser Deklaration und dem zweckdienlichen und primitiven Nationalismus der tschechischen Republikaner.

Gerade er aber sollte die revanchistische antitschechische Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft klar benennen und herausstellen. e.h.

Neues Leitbild

Niedriglohnland BRD?

Von Anne Alex

Seit zwei Jahren ist in den Medien von amerikanischen „working poor“ die Rede. In Großbritannien, den USA und Frankreich werden Mindestlöhne diskutiert. In der Schweiz und Österreich wird das Problem der Armutslöhne breit in den Medien debattiert. In 17 der 29 Mitgliedsländer der OECD gibt es einen staatlichen Mindestlohn¹. Nur in der Bundesrepublik ruht still der See.

Deutsche Armutslöhne boomen

Nur für die Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften ist es ein Thema, wenn die Äpfelpflückerin im Havelland nur 5,95 pro Stunde verdient oder angestellte Frauen beim Thüringer Wachschutz am Zwölfstundentag mit Wechselshift Tag und Nacht nur 6,60 DM die Stunde erhalten. 80% der 4 Millionen geringfügig Beschäftigten, die nur diesen einen Job haben, sind Frauen mit 520/620 Mark pro Monat. Arbeit für 'nen Appel ohne Ei zeigt Abgründe. Es ist nicht schick, wenn eine Zeitung schreibt, daß in der Bekleidungsindustrie Sachsens Frauen in nicht tarifgebundenen Betrieben Hosen und Röcke für Leistungslohn von 7,50 DM nähen und durch die Leistungsnorm ihr Lohn auf 5,62 DM pro Stunde oder 955 DM brutto pro Monat gedrückt wird². Wer will schon hören, daß die Hälfte der Erwerbstätigen prekär beschäftigt ist und beinahe ein Drittel der Erwerbspersonen durch Arbeit immer ärmer wird?

Working poor betrifft ein paar Millionen

Was heißt Working poor? Armut trotz Arbeit ist dann vorhanden, wenn Alleinlebende oder Familien mehr als 50%–75% ihrer Einkommen für die Miete oder/und die Ableistung der Unterhaltsverpflichtungen zahlen und anschließend kein Geld zum Essen oder für Bekleidung haben. Dies traf bereits 1996 nach dem Mikrozensus auf 7,4 Mio. Leute – darunter ca. 5,5 Mio. Frauen – zu, deren Einkommen unter 1 400 Mark netto lagen. Dazu gehören z.B. Zimmermädchen und Topfspülerinnen im Frankfurter Grandhotel, die nur 1 600 DM brutto monatlich verdienen³. Oder auch die ausländischen Putzfrauen im Maritim-Hotel Hannover, die als Scheinselbstständige nach Anzahl der Zimmer pro Stunde bezahlt werden. Mehr als 900 Mark monatlich springen nicht raus. Auch Menschen mit Einkommen bei 75% der durchschnittlichen Nettoerwerbseinkommen gelten als einkommensarm. Davon gibt es noch viel mehr.

Unternehmer träumen immer öfter von winzigen Löhnen

Während die Fakten dagegen sprechen, fordern die Unternehmerverbände im-

mer lauter Lohnspreizung in den unteren Lohngruppen, von kleinen Löhnen für arbeitslose Geringqualifizierte, Kombilöhne für Sozialhilfe- oder ArbeitslosenhilfeempfängerInnen und besonderen Anreizlöhnen u.a. Als neue Idee auf dem Wege zum Kunden fordert der Vorstandsvorsitzende Lovro Mandac die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten⁴, obwohl die Ausdehnung der Öffnungszeiten 1997 zu viel mehr Teilzeit mit nicht existenzsicherndem Einkommen, der Verödung von Innenstädten und einem Boom sozialversicherungsfreier Jobs geführt hatte. Arbeitgeber des Einzelhandels schlugen die Einführung neuer Tarifgruppen unter dem derzeitigen Tarifniveau vor⁵, und das ist schon sehr gering.

Der Staat fördert Niedriglöhne

Auf Grund der neuen Zumutbarkeit im Arbeitsförderrecht verwandeln sich aus Behördensicht immer mehr Arbeitslose in Unqualifizierte, die niedrig entlohnte Stellen bräuchten. Das neue Gesetz bietet Handhabe für die Enteignung von Qualifikation und Berufserfahrung. Kombi-Lohnkostenzuschüsse für unqualifizierte Arbeit, ABM-Teilzeit-Gehälter, ehrenamtliche Arbeit mit Aufwandsersatzung oder Saisonarbeiten mit Arbeitnehmerhilfe lösen nicht das Problem der Einkommensarmut, sondern verschärfen es. Im AFRG gelten Löhne auf dem Niveau der Arbeitslosenunterstützung nach sieben Monaten Erwerbslosigkeit als zumutbar. „Armut durch Arbeit“ wird mit staatlichen Mitteln produziert.

Mindestlohn statt Hungerlohn

Wir halten es deshalb in höchstem Maße für angebracht, über einen gesetzlichen Mindestlohn mit den Gewerkschaften nachzudenken. Ein gesetzlicher Mindestlohn muß allgemeingültig für den gesamten Arbeitsmarkt sein und als untere Grenze der Löhne und Gehälter gelten. Er muß jährlich entsprechend der Lebenshaltungskosten dynamisiert werden. Bei Beschäftigten müssen die Aufwendungen für die Erwerbsarbeit berücksichtigt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn muß Einkommensarmut verhindern. Mindeststundenlöhne bei Teilzeit müssen bis zu einer sozialen Grundsicherung aufgestockt werden. Sie bedürfen einer Flankierung durch angemessenes Wohngeld.

Quellen:

1 FR, 23.6.1998

2 taz, 25.11.1997: Armut und Reichtum im neuen Deutschland, Werner Rügemer

3 FR, Das Niedriglohnparadies, 18.6.1998

4 FAZ, 20.6.1998.

5 FR, 9.6.1998.

Anne Alex ist Mitarbeiterin der PDS Bundestagsabgeordneten Heidi Knake-Werner

Frauen sind immer noch zweite Garnitur

Von Anne Alex

Frauen in Westdeutschland suchen zunehmend Erwerbsarbeit und die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Frauen ist in den letzten 20 Jahren in der BRD kontinuierlich gewachsen. Von einer Gleichstellung am Arbeitsmarkt kann aber noch lange nicht die Rede sein.

Zwischen 1970 und 1992 hat sich im Westen die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen um 2,7 Mio. auf 12,2 Millionen vergrößert. Die Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen ist sogar um 3,5 Mio. gewachsen. Die Zahl erwerbstätiger Männer sank vorübergehend ab und erreichte erst Ende der 80er Jahre wieder das Niveau von 1970¹. Während der Anteil der erwerbstätigen Frauen/West an weiblichen Erwerbspersonen von 58,4% (1991) auf 59,9% (1995) gestiegen ist, sank 1990 (47%) bis 1992 (45%) ihr Anteil an allen Beschäftigten².

Frauen arbeiten überwiegend in Billigjobs

Die Beschäftigungszuwächse bis 1992 gingen zwar speziell auf das Beschäfti-

gungskonto für Frauen. Doch die Arbeitsplätze liegen in Dienstleistungsbereichen, in denen niedrig entlohnte Teilzeit überproportional wuchs. Während 1970 noch etwa jede vierte abhängig beschäftigte Frau einen Teilzeitjob hatte, ist es heute mehr als jede Dritte. Ebenso ist seit 1990 die Anzahl der Frauen in geringfügiger Beschäftigung expandiert. Im Einzelhandel ist ihre Anzahl von 250 000 auf mehr als 500 000 1995 angewachsen. Von 4 Mio. ausschließlich so Beschäftigten sind 80% Frauen

Die Arbeitslosigkeit wird immer weiblicher

Obwohl die Erwerbsquote der Frauen stark zugenommen hat, liegt die Arbeitslosenquote der Frauen seit 1969 bis in die Gegenwart erheblich höher als die der Männer. Frauen haben größere Schwierigkeiten, einen Arbeit zu finden. Selbst im konjunkturellen Aufschwung gibt es nicht genügend freie Stellen für frauenspezifische Beschäftigung. In NRW ist zwischen 1992 und 1994 die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen um ca. 47 000 zurückgegangen, die der Arbeiterinnen ist im gleichen Zeitraum um ca. 97 000³ gesunken. Im Mai '98 sind 1 229 130 Frauen/West arbeitslos. Die Anzahl der arbeitslosen Männer beträgt 1,59 Millionen. Die Arbeitslosigkeit im Westen ist von 1992 1,8 Mio. Menschen auf 1998 2,82 Mio. Menschen angewachsen. Betrug die Arbeitslosenquote der Frauen/West 1992 7,2%, lag sie 1998 bei 10,2 %⁴.

Erwerbsgewöhnte Ostfrauen abgehängt

Die Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern bewegt sich nach und



nach auf Westniveau zu. Die Erwerbstätigkeit von 4,2 Mio. Frauen 1989 ist auf 2,4 Mio. Frauen im Februar 1997 zurückgegangen⁵. Laut DIW waren 1991 noch 77,2% der Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren als Erwerbspersonen registriert. 1995 waren es noch 73,9%. Im März 1998 waren 739 112 Frauen/Ost arbeitslos. Die Arbeitslosenquote betrug 21,6%; 1993 lag sie bei 21%⁶. Arbeitslose Ostfrauen bezogen zu 45% Arbeitslosengeld⁷. Gleichzeitig boomt im Osten prekäre Beschäftigung. So manche Frau ging von Vollzeittätigkeit nahtlos in geringfügige Beschäftigung, um überhaupt noch einen Fuß in der Tür des Arbeitsmarktes zu behalten.

Arbeitslose Frauen sind überwiegend arm

Arbeitslose Westfrauen erhalten zu 42,3% Arbeitslosengeld⁸. Insgesamt 74,8% aller arbeitslosen Frauen erhielten weniger als 1 200 Mark Arbeitslosengeld, 14,1% sogar weniger als 600 Mark⁹. 1998

Die Feminisierung der Armut

Von Joaquin Oramas

Weltweit besteht die Tendenz, die heutige Situation der Frau, die – zurückgedrängt und ohne Mitspracherecht – die Last der Arbeit zu tragen hat und in vielen Fällen Opfer häuslicher Gewalt ist, als zunehmende „Feminisierung“ der Armut bezeichnet.

Somit ist es nicht übertrieben: Jenes Bild aus der Zeit der Höhlenmenschen, als die Frauen von den Männern an den Haaren gepackt und hinter sich her geschleift wurden, hat selbst Tausende von Jahren später in den Ländern der Dritten Welt und sogar einigen Industriestaaten, in denen es Gesetzentwürfe gibt, die häusliche Gewalt als Straftatbestand einzustufen, hat nicht viel an Aktualität eingebüßt.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat kürzlich körperliche und seelische Gewalt gegen Frauen in ihrer häuslichen Umgebung als ein Handicap

für deren Entwicklung bezeichnet, das „verheerende Auswirkungen auf die jeweiligen Volkswirtschaften“ habe. Noch vernichtendere Ergebnisse über die Benachteiligung von Millionen von Frauen weisen aber die jüngsten Berichte über menschliche Entwicklung auf, die von dem UN-Programm für Entwicklung (UNDP) in Auftrag gegeben wurden. Nachfolgend einige Ergebnisse dieser Berichte.

DAS LEBEN DER FRAU

Die Lebenserwartung von Frauen aus unterentwickelten Ländern liegt durchschnittlich 27 Jahre unter der ihrer Geschlechtsgenossinnen aus Industrieländern. In Frankreich und Japan werden Frauen im Durchschnitt 83 Jahre alt, in Kuba über 73, während die Lebenserwartung einer Frau in Sierra Leone nur 27 Jahre beträgt. Im Senegal verbringen die Frauen 17,5 Stunden in der Woche mit Wasserholen. In Peru sind die Frauen jeden Tag zweieinhalb Stunden damit beschäftigt, Feuerholz zu sammeln. In fast allen Ländern arbeiten Frauen mehr Stunden als Männer, wenn man dabei sowohl Lohnarbeit als auch unbezahlte Ar-

beit berücksichtigt. Weltweit erhalten Frauen durchschnittlich einen Arbeitslohn, der nur 75 Prozent des Lohnes beträgt, den Männer erhalten. In vielen Ländern Afrikas produzieren Frauen bis zu 80 Prozent aller Nahrungsmittel, erhalten aber dafür nur 10 Prozent der Darlehen, die Kleinbauern gewährt werden. Jedes Jahr sind über eine Million Kinder, in den meisten Fällen Mädchen aus Asien, gezwungen, sich zu prostituieren. Von den insgesamt 1,3 Mrd. Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, sind ca. 70 Prozent Frauen. In Lateinamerika und in der Karibik sind 15 Prozent der Frauen Analphabeten, im südlichen Asien sind es 66 Prozent und in den arabischen Ländern können 59 Prozent von ihnen weder lesen noch schreiben. Wenn die Frauen auch die Hälfte aller Wahlberechtigten ausmachen, so haben sie weltweit doch nur 13 Prozent aller Parlamentssitze inne.

An der Schwelle zum dritten Jahrtausend hat die jahrhundertelange Ungleichheit zwischen Mann und Frau immer noch nichts an Einfluß verloren.

aus: Granma International, April 1998, S. 12

beziehen 44,7% aller arbeitslosen Frauen Arbeitslosenhilfe¹⁰. 1996 waren es nur 31,6%¹¹. Arbeitslosenhilfe bezogen im Westen zu 31,7% Frauen. 88,5% der Westfrauen mit Arbeitslosenhilfe erhalten weniger als 1 200 Mark monatlich. Von den ArbeitslosenhilfeempfängerInnen/Ost sind 60,7% Frauen. Zu 92,9% erhalten sie weniger als 1 200 Mark. Bei den Männern sind es 85%¹². Viele arbeitslose Frauen sind unterversorgt und haben Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe. Ungezählt sind diejenigen, die gar keine Leistungen Ämtern mehr empfangen, da sie nicht bedürftig sind. Sozialhilfe erhielten 1993 93 000 ostdeutsche Frauen¹³ und 1 344 000 westdeutsche Frauen¹⁴. Derzeit sind 1,5 Mio. Frauen SozialhilfebezieherInnen¹⁵.

Erwerbsorientierung von Frauen läßt sich nicht wegreden

Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es keinen Rückgang der Erwerbsorientierung bei Frauen. Westdeutsche konservative Politiker vertreten die völlig verstaubte Ansicht, daß Frauen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit freiwillig den Rückzug ins eigene Heim antreten müßten. Alle Modelle, die von einem freiwilligen Verzicht der Frauen auf Erwerbstätigkeit ausgehen, um so die Arbeitsmarktprobleme zu lösen, sind sozialpolitisch nicht tragfähig, meint das DIW. Sinkende Erwerbszahlen von Frauen könnten mitnichten als Indiz für ihren freiwilligen Rückzug aus dem Berufsleben gewertet werden.

Sie sind Ausdruck schlechterer Beschäftigungschancen. Die Erwerbsarbeit der Frauen ist für viele Familienhaushalte von hoher materieller Bedeutung. Vollzeiterwerbstätige Frauen trugen 1995 in Deutschland zu etwa 45% zum Netto-Haushaltseinkommen bei, in Teilzeit beschäftigte Ehefrauen reichlich ein Fünftel¹⁶.

Quellen:

- 1 Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarktreport für Frauen, Nürnberg 1994.
- 2 Frauen treten nicht den Rückzug an. Anteil am Arbeitsmarkt nur noch geringfügig gesunken. Studie des DIW, ND, 11.7.1996, S. 4.
- 3 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1., Ergebnisse des Mikrozensus.
- 4 Ebenda S. 24.
- 5 Arbeitsmarkt in Zahlen, Reihe 1. Aktuelle Daten, Bundesrepublik Deutschland, Mai 1998, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, S.11.
- 6 Ebenda, S. 25.
- 7 Ebenda S. 58.
- 8 Ebenda.
- 9 Arbeitsmarkt in Zahlen, Reihe 1. Aktuelle Daten, Bundesrepublik Deutschland, Mai 1998, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, S. 63.
- 10 Ebenda S. 58.
- 11 Ebenda, S. 24.
- 12 Ebenda, S. 63.
- 13 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1995, Wirtschaft und Statistik Nr. 9, S. 713.
- 14 Ebenda, S. 704.
- 15 1,5 Mio. Frauen leben von Sozialhilfe, ND, 23.6.1998.
- 16 Frauen treten nicht den Rückzug an. Anteil am Arbeitsmarkt nur noch geringfügig gesunken, DIW, in: ND, 11.7.1996, S. 11.

Interview mit der PDS-Bundestagskandidatin Felek Uca

Eine kurdische Kandidatin für den Deutschen Bundestag

Die kurdische Arzthelferin Felek Uca kandidiert auf Platz 5 der niedersächsischen Landesliste der PDS für den nächsten Bundestag.

Felek, vielleicht zu Beginn ein paar Angaben zur Person, woher kommst du, wo wohnst du, was machst du jetzt beruflich?

Mein Name ist Felek Uca, ich bin 22 Jahre alt und in Celle geboren und aufgewachsen. Zur Zeit mache ich noch meine Ausbildung als Arzthelferin, im nächsten Jahr will ich dann in Hamburg Politologie studieren. Meine Eltern kamen vor 26 Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland. Sie stammen aus einem kurdischen Dorf in der Nähe von Batman. Ich habe 5 Jahre bei uns im yesidischen Religionszentrum im Vorstand gearbeitet und die Mitglieder betreut und unterstützt. Ich habe eine kurdische Folkloregruppe gegründet und hatte viel Umgang mit Jugendlichen und ihren Problemen.

Du kandidierst jetzt auf der Liste der PDS Niedersachsens zu den Bundestagswahlen. Arbeitest du schon länger in der PDS mit? Für welche Anliegen willst du dich bei deiner Kandidatur besonders einsetzen?

Das stimmt, ich kandidiere auf der PDS-Landesliste Niedersachsen. Ich will mich besonders für die Belange der Ausländer einsetzen, die in Niedersachsen leben.

Warum kandidierst du gerade bei der PDS?

Weil die PDS meine politische Meinung vertritt.

Es gibt leider noch nicht viel Kurdinnen und Kurden, die sich die Mühe machen,

in deutschen linken Parteien wie der PDS politisch zu arbeiten. Willst du mit deiner Kandidatur auch ein Signal geben für mehr Mitarbeit von Kurdinnen und Kurden in deutschen Parteien, speziell in der PDS? Und wie sollte diese Mitarbeit nach deinen Vorstellungen aussehen?

Ich will versuchen, in den deutschen Bundestag zu kommen, um die Aufmerksamkeit für die Anliegen und die speziellen Probleme der ausländischen Mitbürger zu wecken, und zugleich diese zu ermuntern, daß auch sie in den Bundestag kommen können bzw. sich dahin wenden, in

anderen Parteien oder in den Gewerkschaften ihre Anliegen vorbringen.

Was können die Ausländer, was können deutsche Mitglieder z.B. in der PDS tun, um solche Mitarbeit zu ermuntern und zu erleichtern?

Ich denke, die PDS setzt sich stark für die Probleme der Ausländer ein. Deswegen sollten sich vor allem die Ausländer selbst bewegen, auf die PDS zugehen, die Par-

teiarbeit praktisch anpacken.

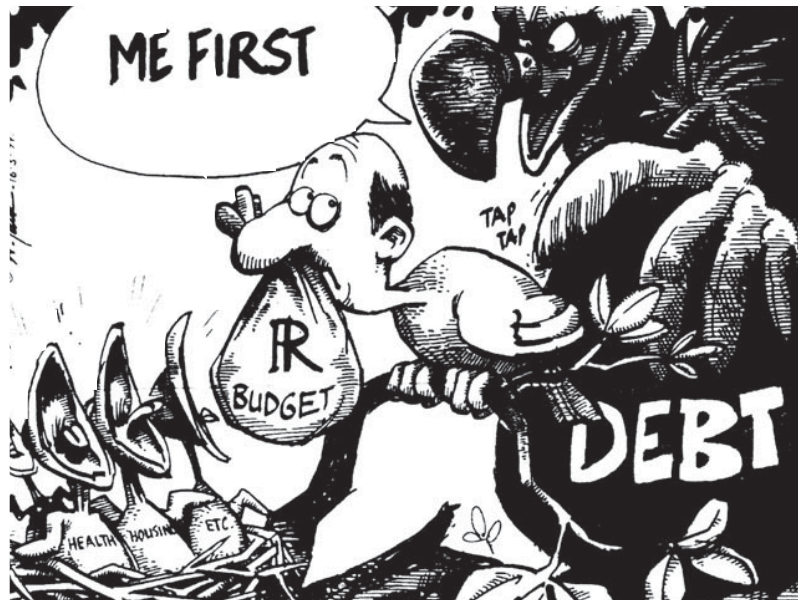
Aussichten, in den Bundestag zu kommen, hast du vermutlich auf dem Listenplatz 5 noch nicht. Was heißt das für dich für die Arbeit nach den Wahlen? Weitermachen in der PDS? Wenn ja, mit welchen Schwerpunkten?

Ich stehe auf Platz 5 der Landesliste in Niedersachsen und bin Direktkandidatin in Celle. Ich hoffe natürlich, in den Bundestag zu kommen. Wenn nicht, werde ich die Arbeit in der PDS weitermachen, und hoffe dann natürlich, in den nächsten Bundestag zu kommen. Mein Schwerpunkt in der PDS wird auf jeden Fall weiterhin die Ausländerproblematik sein.
aus: Kurdistan-Rundbrief, Foto: Özgür Poltinka



Apartheidbedingte Schulden

Die eindrückliche Karikatur aus der *Sunday Times* spielt auf die Vorlage des Haushalts Anfang März 1997 im südafrikanischen Parlament an, des ersten Haushalts eines schwarzen Finanzministers in der Geschichte Südafrikas. Trevor Manuel hatte, um den Sparzwang zu begründen, dem auch dringend benötigte Gelder für den sozialen Wohnungsbau, die Gesundheitsversorgung und den Ausbau des sozialen Netzes zum Opfer fielen, darauf hingewiesen, daß 20 Cent eines jeden Rand allein für Kreditzinsen aufgebracht werden müssen.



Von Theo Kneifel

Das mag im internationalen Vergleich nicht dramatisch klingen, aber für das neue Südafrika ist es eine schwere Bürde, wenn bei einem Zinssatz von 20 Prozent Zinszahlungen den zweitgrößten Haushaltsposten ausmachen. Das Perfide daran ist, daß diese Schuldenfalle der neuen Regierung noch von der ausscheidenden Apartheidregierung in den Jahren von 1989 bis 1993 eingebrockt worden ist. Diese Schulden sind wie ein Mühlstein am Hals der neuen Regierung, deren längerfristige Glaubwürdigkeit und Stabilität davon abhängen wird, wie sie die legitimen Ansprüche der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung nach Befriedigung der Grundbedürfnisse einer menschenwürdigen Existenz erfüllt: nach trinkbarem Wasser, nach einem Dach über dem Kopf, nach Arbeit.

Der größte Brocken dieser ererbten Schulden (etwa 40%) besteht aus massiven Einzahlungen in den staatlichen Rentenfonds, aus dem die Pensionen und Abfindungen für öffentliche Bedienstete wie Lehrer, Polizisten, Regierungsangestellte u.a. bezahlt werden. Da die Regierung de facto Eigentümerin dieses Fonds ist, ergibt sich die bizarre Situation, daß der südafrikanische Staat 40% der internen Schulden sich selbst schuldet. Auf diese 40% konzentriert sich die inländische Kampagne, die im September 1997 lanciert worden war: Reduktion der Inlandsschulden um 40% dadurch, daß der Modus der Rentenzahlung für die öffentlichen Bediensteten auf die in vielen Ländern mit einer günstigen Alterspyramide erfolgreich praktizierte Methode des „Generationenvertrags“ umgestellt wird. Durch diese Umstellung von einem Kapitaldeckungsverfahren auf ein Umlageverfahren würden die notwendigen Mittel frei, um den Haushalt auf die Entwicklungsziele des ursprünglichen Wie-

deraufbau- und Entwicklungsprogramms RDP und auf den notwendigen Ausbau des sozialen Netzes einzustellen.

Südafrikas schwarze Mehrheit hat schon genug unter der Apartheid gelitten. Es ist schwer, ihr plausibel zu machen, daß sie zweimal für die Apartheid bezahlen muß, diesmal durch Rückzahlung von Schulden, die ein völkerrechtswidriges Gewaltssystem gemacht hat, um sie zu unterdrücken und seine Helfer und Vollstrecker mit einem „goldenen Handschlag“ in den unverdienten Ruhestand zu schicken.

Apartheidbedingte Verschuldung der „Frontstaaten“

Noch absurder ist die Situation der „Frontstaaten“, die massiv unter der zerstörerischen Destabilisierungspolitik Südafrikas gelitten haben. Einige von ihnen – wie Mosambik, Sambia und Tansania – gehören zu den ärmsten und am meisten verschuldeten Ländern der Welt.

Der bekannte Politologe Joe Hanlon hat in einer kürzlich veröffentlichten Studie „Apartheid-caused Debt“ (eine Übersetzung veröffentlicht KASA in Kürze) die Folgekosten der Apartheid für diese Länder berechnet und den geschätzten Anteil der Verschuldung, der auf die Destabilisierungspolitik des Apartheidregimes zurückzuführen ist, berechnet.

Angola und Mosambik waren von dieser Destabilisierungspolitik besonders betroffen: Wenigstens zwei Millionen Menschen fielen ihr allein dort zum Opfer, Millionen wurden zu Flüchtlingen. Einer ganzen Generation wurde aufgrund der Apartheid eine schulische Ausbildung vorenthalten.

Mosambik erlitt einen materiellen Schaden in Höhe von etwa 30 Milliarden DM, infolge der Apartheid mußte das Land Kredite in Höhe von etwa 14 Milliarden DM aufnehmen. Zwar ist Mosambik Schuldenstreichung zugesagt wor-

den, trotzdem sind die noch offenen Rückzahlungen unerträglich.

Internationale Kampagne zu Entschuldung und Entschädigung

Kein Wunder, daß sich eine Schuldenkoalition in Südafrika, bestehend aus Gewerkschaften, Kirchen und NROs, unter Initiative des Dachverbandes der südafrikanischen NROs SANGOCO, dem etwa 6 000 Gruppen und Organisationen angehören, für eine Schuldenstreichung der Apartheidschulden und eine Entschädigung der Opfer einsetzen.

In einem Aufruf vom Juni dieses Jahres appellieren sie an ihre internationalen Partner, ihre Forderungen „nach Streichung der durch die Apartheid verursachten Schulden und nach Reparationszahlungen von denjenigen Regierungen, Firmen und Banken, die von unserem Leid profitierten,“ zu unterstützen.

Als Antwort darauf erfolgte am 16. Juni 1998, dem Gedenktag der Soweto-Massaker, der Auftakt zu einer von Organisationen aus der Schweiz, Deutschland, USA und Großbritannien getragenen internationalen Kampagne, welche sich auf vier zentrale Forderungen verständigt hat:

1. Die Gewährung von Krediten und Anleihen an das Apartheidregime war illegitim. Für deren Rückzahlung darf heute das demokratische Südafrika nicht verantwortlich gemacht werden.

2. Die Nachbarländer haben sich infolge der Destabilisierungspolitik des Apartheidregimes verschuldet und schwere soziale und ökonomische Schäden erlitten. Eine Rückzahlung dieser vom Krieg verursachten Schulden zu verlangen, wäre ungerecht.

3. Die bereits erfolgte Rückzahlung der mit der Apartheid verbundenen Anleihen ist auf dem Rücken der leidenden Bevölkerung geschehen. Dieses Geld soll für den Wiederaufbau des südlichen Afrika zurückgegeben werden.

4. Unternehmen und Banken, welche die internationalen Sanktionsforderungen ignoriert haben, profitierten von der Apartheid. Sie halfen mit, das Apartheidregime an der Macht zu halten, und verlängerten so das Leiden der Menschen im südlichen Afrika. Die beteiligten Firmen und Banken sollten den Menschen des südlichen Afrika dafür jetzt Entschädigung zahlen.

In Deutschland wird die Kampagne gemeinsam von KASA und Medico International koordiniert. InteressentInnen können gegen Einsendung von 5 DM (Geldschein oder Briefmarken) weitere Unterlagen bei KASA/Werkstatt Ökonomie anfordern.

Anschrift: KASA, Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg.

Theo Kneifel arbeitet bei der KASA (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika) in Heidelberg.

Mexiko

Neue Guerilla in Guerrero – Abspaltung von der EPR

Von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 11. August 1998, Poonal).- Mehrere Presseberichte über eine Spaltung der Guerilla im Bundesstaat Guerrero seit Anfang dieses Jahres fanden jetzt ihre Bestätigung durch die Aufständischen selbst.

Bei einem geheimen Treffen mit mehreren MedienvertreterInnen präsentierten die Commandantes „Antonio“ und „Santiago“ ihre Organisation, die Revolutionären Streitkräfte des aufständischen Volkes (ERPI). Die ERPI trennten sich nach eigenen Angaben und der Presse zugegangenen Information wegen strategischer und politischer Differenzen von der Revolutionären Volksarmee (EPR).

Die beiden Commandantes bestätigten Berichte, nach denen es Mitglieder ihrer Organisation und Zivilisten waren, die bei einem Gefecht mit der Bundesarmee am 7. Juni in der guerrensischen Ortschaft El Charco ums Leben kamen. Sie bekräftigten die von der kritischen Presse dargestellte Version, nach der es sich um ein geplantes Massaker der offiziellen Streitkräfte und nicht um eine offene Konfrontation handelte. Das Treffen zwischen Guerilla und Dorfbevölkerung sei verraten worden. Die ERPI-Vertreter kündigten an, „die Schuldigen zu bestrafen“.

Die neue bewaffnete Organisation nimmt für sich in Anspruch, weniger hierarchisch als die EPR zu sein und mehr auf die Meinung der Bevölkerung, besonders der Indígenas hören zu wollen. Ihre Aussagen lassen regelmäßige

Attacken auf Militär- und Polizeieinheiten erwarten. In den Wochen nach dem Gefecht in El Charco hat es bereits mehrere solcher Angriffe gegeben, die der ERPI zugeschrieben werden. Offenbar ist fast die gesamte Struktur der EPR im Bundesstaat Guerrero zur ERPI übergegangen. Nach allgemeiner Einschätzung hatte die Revolutionäre Volksarmee in Guerrero die meisten Mitglieder. Dort führte sie auch einen Großteil ihrer bewaffneten und propagandistischen Aktionen durch.

In dem Gespräch mit der Presse wie auch in einem vor wenigen Wochen bekannt gewordenen Dokument versucht die neue Bewegung, den Streit mit der EPR herunterzuspielen. Zwar sei die Trennung notwendig gewesen, doch wird eine Zusammenarbeit für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Bezüglich der aufständischen Zapatisten im Bundesstaat Chiapas leugnete der Commandante Antonio jegliche direkte Verbindung. Während die EZLN vorrangig eine politische

Antwort gebe, bestehe die Reaktion der ERPI auf die soziale Lage in bewaffneter Selbstverteidigung und Feindseligkeiten gegen die Bundesarmee. Allerdings begrüßte Antonio die „wichtigen Beiträge“ der Zapatisten für den politischen Kampf. In diesem Sinne könne von einer Annäherung gesprochen werden.

Der Commandante nahm ebenso positiv Bezug auf die zapatistischen Losungen „gehorchend regieren“ und „für alle alles, für uns nichts“.

Beide ERPI-Vertreter begrüßten die jüngst von der EZLN in der „V. Erklärung aus dem Lacandonen-Urwald“ angekündigte landesweite Befragung der Bevölkerung über ein Gesetz zu den Indígenarechten und -Kultur. Sie ließen verlauten, in ihrem im wesentlichen auf Guerrero beschränkten Einflußgebiet die Befragung zu fördern. Beide Commandantes gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß in anderen Teilen Mexiko weitere Guerrillagruppen existieren bzw. gebildet werden.



75 Jahre Lausanner Vertrag

Demo und Konferenz zur kurdischen Frage in Lausanne

Etwa 3 000 Kurden und Kurden demonstrierten am 25. Juli im Schweizer Lausanne zur Erinnerung an den 75. Jahrestag des Lausanner Vertrags. Gleichzeitig fand im Hotel Royal Savoy eine internationale Konferenz zu diesem Vertrag und zur Lösung der kurdischen Frage statt.

Der Vertrag von Lausanne, abgeschlossen im Juli 1923 und von der Türkei als enormer Erfolg der türkischen Republik gefeiert, hob die vorher der kurdischen Bevölkerung im Vertrag von Sevres in Aussicht gestellte Selbstverwaltung wieder

auf. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages beendete die kemalistische Türkei Atatürks ihr Bündnis mit der kurdischen Bevölkerung und eröffnete eine Politik der gewaltsamen „Türkifizierung“ der kurdischen Gebiete.

Schon einen Tag vor der Demonstration hatte in den Räumen des Lausanner Hotels Royal Savoy eine vom Verband der kurdischen Juristinnen und Juristen in Europa organisierte internationale Konferenz zum 75. Jahrestag des Lausanner Abkommens begonnen (unser Bild zeigt in der Mitte Prof. Ismet Sheriff Vanly, der

→ gemeinsam mit dem schweizer Sozialdemokraten Jean Ziegler die Konferenz eröffnet). Auf dieser Konferenz sprachen u.a. Prof. Norman Paech und Prof. Udo Steinbach, der Leiter des Hamburger Orient-Instituts, sowie türkische, griechische, assyrische Wissenschaftler und Politiker. An einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Konferenz nahmen darüber hinaus Vertreter der PKK, der PSK und der PUK sowie der Vorsitzende der Partei der Waliser im britischen Parlament und der Yasar Kaya, Präsident des kurdischen Exilparlaments, teil. Bei anderen Foren sprachen schweizer, italienische und andere europäische Abgeordnete über ihre Vorstellungen einer künftigen politischen Lösung der kurdischen Frage.

Die türkische Regierung war vorher mit ihrem Versuch gescheitert, über ihre Botschaft in der Schweiz einen Saal in Lausanne zu erhalten, um dort den 75. Jahrestag des Abkommens auf ihre Weise zu feiern. Das, so beschied sie die Stadt Lausanne, sei nicht erwünscht.

Um so wütender waren türkische Vertreter, daß statt dessen nun eine kurdische Konferenz und Demonstration in Lausanne stattfinden konnte. Am 27. Juli überbrachte ein türkischer Vertreter einen förmlichen Protest bei der Schweizer Regierung gegen die kurdische Demonstration am 25. Juli. Dies sei „inakzeptabel und unentschuldigbar“, es „empöre“ die „türkische Öffentlichkeit“, wenn eine „terroristische Organisation“ (gemeint war die PKK) solche Veranstaltungen durchführen könne. (AFP, 27.7.98)

Sprecher der Schweizer Regierung antworteten kühl, die Konferenz sei eine „private“ Veranstaltung und bedürfe keiner Genehmigung seitens der Regierung, im übrigen gäbe es in der Schweiz das Demonstrationsrecht. Die Schweiz sei sich der Bedeutung des Lausanner Abkommens bewußt und respektiere die Integrität der Türkei.

Nach kurdischen Angaben nahmen an der Konferenz in Lausanne weit über 100 Personen teil.

In einer Schlußresolution beschlossen die Teilnehmer u.a., ein „Ständiges Internationales Komitee“ zu bilden, um damit „den Status der Kurdistan- und Kurdenfrage im internationalen Recht zu verankern und damit verbunden einen Prozeß für ein alternatives Lausanne einzuleiten“.

Sie forderten insbesondere von den Vereinten Nationen und den Unterzeichnerstaaten des früheren Lausanner Abkommens (dazu gehörten 1923 neben der Türkei vor allem Großbritannien, Frankreich, Italien und andere Staaten der heutigen Europäischen Union):

„Der Beschluß des Lausanner Abkommens zur Zersplitterung und Teilung Kurdistans soll aufgehoben werden; die Verleugnung der Existenz der kurdischen Nation und deren gesamter Werte sowie ihre Beschlagnahme, die Unterdrückung und Gewaltanwendungen ge-

gen sie sollen sofort beendet werden.

Das Abkommen von Lausanne bedeutet eine Mißachtung des freien politischen Willens der Völker.

Es ist ein historisches Unrecht, das an dem kurdischen Volk und in gleichem Maße auch an den in diesem Gebiet lebenden Assyriern (Altsyriern, Chaldäern), Armeniern, Altgriechen und ihrer religiösen Vielfalt begangen wurde.

Unsere Konferenz verurteilt das Abkommen von Lausanne. Dieses sollte deshalb von der internationalen Volksgemeinschaft, insbesondere den Unterzeichnerländern dieses Abkommens, nicht mehr anerkannt werden.“ *rül aus: Kurdistan-Rundbrief 16/98. Die vollständige Schlußresolution der Lausanner Konferenz ist dort dokumentiert.*

Afrika

Bombenanschläge auf US-Botschaften

Vor nicht allzu langer Zeit ging man, soweit noch eine kritische US-Amerikanische Analyse gegeben war, davon aus, in den meisten Fällen Angriffe auf die Vertretungen des Mächtetern-Weltpolizisten als legitim zu empfinden. In dieser Hinsicht waren Washingtons Botschaften Stützpunkte und Quellen der CIA-Aktivitäten, die weltweit als berüchtigt bekannt waren. Ist es mit den Botschaften der USA in Tansania und Kenia anders?

Zwischenzeitlich wurden diese Ausgangsbedingungen weniger durch reale Änderungen als vielmehr durch Änderungen der eigenen Positionen in ein anderes Licht gedreht.

Heute steht im Vordergrund bestenfalls noch der Gedanke, welche relevanten Kräfte es legitimerweise für sinnvoll erachten, derart frontal – und mit derartigen Auswirkungen – in einem afrikanischen Land Bombenattacken zu starten, bei denen auch die sogenannte Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird (wenngleich anzumerken ist, daß die Botschaften in der Regel nicht in den Slumgebieten der Metropolen angesiedelt sind).

Auf den ersten Blick fällt auf, daß die USA in der ostafrikanischen Region – mit Blick auf den Indischen Ozean und damit das Golfgebiet – seit längerem präsent sind, wofür beiträgt, daß die Regierungen der Länder Tansania und Kenia – wenngleich innenpolitisch nicht ohne Rebellionen und Streiks etc. – außenpolitisch Funktionen des Ausgleichs und der Vermittlungsebene einnehmen.

Zweitens ist schnell zu erkennen, daß die internationalen Konfliktlinien seit Jahren an den traditionellen antiimperialistischen wie auch antikapitalistischen Mustern vorbeilaufen; sowohl was die realen Entwicklungsmöglichkeiten

dieser bisherigen Alternativen betrifft wie auch im Hinblick auf eine stark in die Defensive gedrängten Vorstellung von Sozialismus.

An ihre Stelle sind gröbere Muster getreten; die USA setzen seit geraumer Zeit auf einen „Zusammenprall (clash) der Zivilisationen“, einem Kampf um die Vorherrschaft der westlich-entleerten Kultur gegenüber dem als neue „Gefahr Nr. 1“ dargestellten islamischen Traditionalismus. Unter den Parolen von „Menschenrechten“ und „Freiheit“ wird wenig kaschiert die alte Ausbeutungsordnung aufpoliert, diesmal überwiegend unterstützt durch die intellektuelle westliche Elite.

Dies wird von islamisch orientierten, sich selbst als Avantgarden verstehenden Kräften, wie immer man zu ihnen stehen mag, als Herausforderung betrachtet. Wenn Huntington – und mit ihm in modifizierter Form zahlreiche Apologeten der westlichen „Gutwelt“ – auch noch eine Achse zwischen Konfuzius und Islam „analysiert“ (weshalb zwischen ihnen Differenzen auszunutzen seien), um schließlich – derartig eingekreist – die Legitimation der Knüppel von Weltbank und US-Army zu beweisen, dann muß man sich ob exemplarischer (insoweit auch tödlicher) Antworten nicht wundern.

Um Armut und Hunger in den meisten Ländern der sogenannten Dritten Welt kümmert sich ohnehin kaum noch jemand. Der Globus wurde in internationale Einflußzonen geteilt; wo es Rohstoffe gibt, gibt es US-Interesse; wo es nichts als arme Menschen gibt, gibt es auch kein weitergehendes Interesse; als Absatzmärkte kommt allenfalls der an den IWF angebundene Kreis der nationalen Herrschaftsrepräsentanz in Frage.

So orientierte sich auch – zwar wenig erfolgreich – die Politik der letzten Jahre; wer aus der Reihe tanzte (wie etwa einige Rohstoffländer), bekam eine „Lektion erteilt“. Die USA – und mit ihr zusammen die Bundeswehr – gingen nach Somalia, um dort aufzuräumen, nicht um dort „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. In Saudi-Arabien versuchten sie, selbst in Mekka ihre Sicherheitsagenten einzuschleusen. Derartige politische Absichten sind schon lange auf offene Wut und bittere Blicke gestoßen. Als Israel seine schnelle Hilfe an den Botschaften in Nairobi und Daressalam erprobte, zeigte sich damit ausdrücklich auch, wie weit verstanden wurde, in welche Richtung diese Bombenanschläge laufen sollten.

In Afrika hatte die USA eine strategische Linie entwickelt, um einerseits die alten kolonialen Strukturen französischer und britischer Herkunft zu durchbrechen, und sich gleichzeitig als Investor und Profiteur der Rohstoffe zu engagieren.

Wie leicht derartige Pläne ins Trudeln geraten können, zeigten die Anschläge vom Anfang August.

mc



In Indonesiens Hauptstadt Jakarta protestierten letzte Woche einige hundert Menschen gegen ein neues Demonstrationsgesetz, nach dem Kundgebungen mit mehr als 50 Teilnehmern bei der Polizei angemeldet werden müssen. Die Demonstranten sehen darin eine Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Polnische Presse in deutscher Hand

Mit dem Kauf der *Gazeta Olsztyńska* und eines Tagblattes in Elbag hat die *Passauer Neue Presse* (PNP) ihren Besitzstand am polnischen Zeitungsmarkt abgerundet. Die wichtigsten Tageszeitungen in allen polnischen Wojewodschaften befinden sich nun in deutscher Hand. Öffentlicher Protest dagegen ist in Polen wenig zu vernehmen. Lediglich aus ultrakatholischer Seite wird Unmut bekannt. Warum sollen auch die verbleibenden Blätter sich über die auswärtige Übernahme aufregen, sind sie doch selbst in ausländischem Besitz. Die auflagenstärkste Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* gehört einem US-Konzern, etliche große Tageszeitungen gehören zum norwegischen Medienmonopol Orkla.

Karibikrundreise von Castro: Versöhnung mit der Vergangenheit

In Grenada, der letzten Station seiner Karibikreise, hob Kubas Präsident Fidel Castro hervor, wie notwendig die Einheit der Staaten der Region sei, um die wirtschaftlichen Rechte zu verteidigen. Vor mehreren tausend ZuhörerInnen der kleinen Insel, auf der nur etwa 100.000 Menschen wohnen, kritisierte Castro die Welthandelsorganisation (WHO). Sie beschränke sich darauf, die transnationalen Konzerne, deren Patente und deren Macht zu schützen, statt eine international gerechtere Wirtschaftsordnung zu unterstützen. Der kubanische Staatschef griff die WHO insbesondere wegen ihrer Entscheidungen gegen die Bananenproduktion in der Karibik zugunsten nordamerikanischer Konzerne an.

Der Premierminister Grenadas, Keith Mitchell, erkannte den Beitrag Kubas zur

sozio-ökonomischen Entwicklung seines Landes an. Er sprach sich für die Abschaffung des US-Embargos und die völlige Wiedereingliederung Kubas in die Organisationen der Region aus. Während seines Besuches auf Grenada vermied es Castro, die US-Invasion von 1983 direkt anzusprechen, bei der neben 48 Grenadinos auch 29 Kubaner (und 18 US-Militärs) ums Leben kamen, die die Insel verteidigten. Sie waren an den Bauarbeiten für den internationalen Flughafen von Point Salines beteiligt gewesen. Castro enthüllte auf dem Flughafen eine Inschrift, auf der an die Bauarbeiter erinnert wird.

Ganz zu Anfang seiner Rede vor der Menschenmenge in der Hauptstadt Saint George ließ sich der kubanische Staatschef nur zu einer Anspielung auf die Aktion der USA hinreißen: „Jedes hier gesagte Wort muß sehr abgewägt sein, um nicht zu verletzen, zu beleidigen, zu spalten und irgend jemand anzuklagen.“ Ein Urteil überlasse er der Geschichte. Castro besuchte auch die 82jährige Mutter des ermordeten ehemaligen Premiers von Grenada, Maurice Bishop. Der überaus populäre Bishop, der einer marxistischen Regierung vorstand, war bei internen Auseinandersetzungen von einem radikalen Flügel seiner Partei Nueva Joya umgebracht worden. Unter dem Vorwand, US-BürgerInnen schützen zu müssen, führte die Reagan-Regierung daraufhin die schon vorbereitete Invasion durch. Ein nützlicher Nebeneffekt für die USA: sie konnten die KubanerInnen auf Grenada vertreiben.

Jetzt war der Empfang für Castro fast ausschließlich freundlich bis begeistert. Auch auf Jamaika und Barbados, die er in den Tagen zuvor besuchte, war dies ähnlich. Der kubanische Präsident traf

sich dabei unter anderem mit früheren politischen Gegnern. James Rubin, Sprecher des US-Außenministeriums, kritisierte die drei Karibikstaaten wegen ihres offenen Empfangs für das Feindbild Nummer eins der USA. Doch selbst seine Erklärungen blieben an Schärfe deutlich hinter früheren Äußerungen zurück. In der *New York Times* erschien als Reaktion auf Castros Reise ein Leitartikel, der die Staatsbesuche als Erfolg wertete und das 38 Jahre während US-Embargo gegen Kuba als gescheitert. Das Blatt führte einen weiteren Punkt an, den auch politische BeobachterInnen zur Erklärung der geänderten Haltung der Karibikstaaten herangezogen hatten: Die Finanzhilfen der USA für die Region sind von über 225 Millionen Dollar 1986 auf nur noch 20 Millionen Dollar im vergangenen Jahr gesunken.

Puerto Rico: US-Banner bald ohne den puertoricanischen Stern?

(Mexiko-Stadt, 12.8., Poonal).- Das Entkolonialisierungskomitee der Vereinten Nationen hat eine von Kuba eingebrachte Resolution verabschiedet, in der das Recht Puerto Ricos auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt wird. In der Erklärung wird der koloniale Charakter des Landes anerkannt und die USA aufgefordert, das Recht der BewohnerInnen auf Selbstbestimmung zu garantieren. Die BefürworterInnen der Unabhängigkeit Puerto Ricos werten die Verabschiedung der Resolution als einen politischen Triumph für Lateinamerika.

Bolivien: Cocaleros einmal mehr in Richtung La Paz

(La Paz, 11.8., pulsar-Poona).- Die bolivianischen Koka-PflanzerInnen bewegen sich ein weiteres Mal im Demonstrationzug auf die Hauptstadt zu, um dergestalt ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Sie wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Felder, solange sie keinen wirklichen wirtschaftlichen Alternativen in Aussicht haben. Aus nahezu jeder Gemeinde der Region um die Stadt Cochabamba kommen Abordnungen der Campesinos.

Das Motto des Marsches lautet „Für das Leben, die Souveränität, das Land und die Koka“. Der Gewerkschaftsdachverband COB will im ganzen Land Kommissionen gründen, um die Cocaleros zu unterstützen. Humberto Gutiérrez, Menschenrechtssekretär der COB, schließt auch Straßenblockaden und Hungerstreiks nicht aus. Der Abgeordnete und Führer der PflanzerInnen, Evo Morales, sagt, der Protest werde von keiner Partei und schon gar nicht vom Drogenhandel finanziert, wie die Regierung behauptet hatte. Morales nimmt selber an dem Marsch auf die Hauptstadt La Paz teil.

(Zusammenstellung: hav)

Köln. In vielen Städten fanden am 8./9. Aktionen zum Gedenken an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki statt. Unser Bild zeigt die Aktion in Köln wo der Kölner Friedensarbeitskreis „Pax an!“ und das „Kölner Friedensforum“ mit Flugblättern und Schautafeln auf der Domplatte zum weltweiten Ausstieg aus der Atomwirtschaft aufriefen. Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es keine „friedliche“ Nutzung gibt. Schon der Urantagebau in Australien und anderswo schädigt Mensch und Natur durch radioaktive Verstrahlung. Und obgleich die Bundesrepublik Deutschland nicht zu den Atomwaffenstaaten zählt, hält sie sich mit Projekten wie dem Forschungsreaktor FRM 2 in Garching und der Beteiligung von „Rheinbraun“ an Uranminen in Australien und den USA die Option dafür offen



Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. dehnt Arbeitsfeld aus

BOCHUM. Seit mehr als einem Jahr vermittelt die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. Flüchtlinge und MigrantenInnen, denen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keine oder nur eingeschränkte Gesundheitsversorgung zuteil wird, an über 50 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte im Raum Bochum und Umgebung. Diese haben sich dazu bereit erklärt, PatientInnen, die die Medizinische Flüchtlingshilfe überweist, kostenlos und anonym zu behandeln.

Wer die Hilfe des gemeinnützigen Vereines benötigt, kann sich jeden Dienstag zwischen 17 und 19 Uhr im Bahnhof Langendreer in die Sprechstunde der Flüchtlingshilfe begeben oder an den übrigen Tagen unter der Rufnummer 235464 telefonisch Kontakt mit der Initiative aufnehmen.

Doch längst beschränkt sich die Arbeit der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V. nicht mehr nur auf die Vermittlung von Praxiskontakten. Anwaltskanzleien fordern Gutachten an, die in Asylverfahren eingebracht werden, und internationale Menschenrechtsorganisationen suchen Kontakt und fachlichen Austausch über die gesundheitlichen Folgen von Verfolgung und Flucht.

Nun plant die Medizinische Flüchtlingshilfe den professionellen Ausbau ihrer Arbeit. Die Organisation will ab dem Herbst täglich über ein Büro erreichbar sein, in dem zwei hauptamtliche Kräfte beschäftigt werden sollen. Eine Stelle soll dabei den Bereich psychotherapeutischer Versorgung traumatisierter PatientInnen verbessern, eine weitere Koordinationsaufgaben, wissenschaftliche Forschungstätigkeiten und Repräsentationsfunktionen wahrnehmen. Auch an den Aufbau eines Archivs zu gesundheitlichen Folgen von Flucht, Folter, Krieg und Verfolgung sowie Therapie von Traumatisierten ist gedacht. Auf diese Weise will der Verein die wissenschaftliche und politische Einmischung in die öffentliche Diskussion verstärken. Ein regelmäßiger Rundbrief soll InteressentInnen ab Herbst über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich Flucht und Gesundheit auf dem laufenden halten.

Dazu sucht die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. auch weiterhin finanzielle und personelle Unterstützung.

Der Verein ruft speziell Bürogemeinschaften von AnwältInnen auf, sich unter der oben angegebenen Rufnummer zu melden, falls diese einen Büroraum kostengünstig zur Verfügung stellen könnten.

Medizinische Flüchtlingshilfe, Bochum e.V. – Spendenkonto: Kontonummer 24401341 bei Sparkasse Bochum, Bankleitzahl 430 500 01, Spenden an die „Medizinische Flüchtlingshilfe e.V.“ sind steuerlich abzugsfähig

Aktion: Arme-Socken-Teppich

SIEGBURG. Der Multimedia-Künstler Hermann Josef Hack, u.a. bekannt durch seine Medienaktionen mit und für Obdachlose, ruft alle „Armen Socken“ und deren Freunde auf, durch ein Zeichen auf die notwendige Reduzierung der Arbeitslosigkeit aufmerksam zu machen. Am 12. September startet Hack auf der DGB-Kundgebung in Dortmund seine Aktion und bittet alle, eine Socke zu spenden.

Die Socken können an die örtlichen Arbeitsloseninitiativen geschickt werden, wo sie vernäht und von Hack zu einem großen „Arme-Socken-Teppich“ zusammengeknüpft werden. Dieser symbolische Teppich wird überall dort ausgelegt, wo wichtige Vertreter unserer Gesellschaft den Boden betreten. Die Erfahrung, den „Arme Socken -Teppich“ mit Füßen zu treten, soll sie an ihre Verantwortung erinnern, sich für mehr Arbeitsplätze und eine würdige Behandlung von Beschäftigungslosen einzusetzen.

Kontakt: Hermann Josef Hack, Tel.: 02241-334734 (abends) 0228-573650 (tagsüber) e-mail: Hackhyper@aol.com, Internet: <http://www.hack-roof.de/> und Arbeitslosen- Initiative 2000 e.V. Postfach 1119, 53701 Siegburg. An letztere Adresse können Socken auch direkt geschickt werden.

aus: Info-Rundbrief der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen- gruppen Nr. 44. Juli/August 1998

Alternativer Genossenschaftstag

FRANKFURT. Die Diskussion über verbesserte Bedingungen für neue Genossenschaften wird mittlerweile seit rund 20 Jahren in Deutschland geführt. Unbürokratische Gründungsmöglichkeiten, größere Offenheit der Genossenschaftsverbände, eigenständige Rechtsformen, verringerte Kostenbeiträge sind nur einige der vielfältigen Ansätze, wie das Genossenschaftswesen in Deutschland wieder einen Aufschwung erfahren könnte. Auf jeden Fall fehlt ein eigenes Forum für neue Genossenschaften, da die Treffen der traditionellen Verbände wenig Raum für interessante Themen und offene Aussprachen ermöglichen.

Das Experiment mit einem alternativen Genossenschaftstag hilft zu klären, ob und wie groß das Interesse an einem solchen Forum ist.

Die Idee zu einem alternativen Genossenschaftstag soll am 24.8.98 in Oberursel umgesetzt werden. Zwei Schwerpunkte sind geplant: Erzeuger – Verbraucher – Genossenschaften und das Thema: Neue Wohnungsbaugenossenschaften. In diesen beiden Bereichen sind in den letzten Jahren mit die meisten neuen Genossenschaften entstanden.

Anmeldung über: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102, Freiburg.

12. Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosen- gruppen

BIELEFELD. „Meuterei auf Deutschland – Wir steuern um“, so heißt das Thema der 12. Arbeitstagung gewerkschaftlicher Arbeitslosen- gruppen, die vom 16. bis 21. August im niedersächsischen Papenburg stattfindet. Dieses Tagungsmotto wurde bereits vor einem Jahr festgelegt. Damals ahnte niemand, daß Arbeitslose in Frankreich Ämter besetzen und daß auch in Deutschland Arbeitslose auf die Straße gehen würden. Seitdem ist einiges in Bewegung geraten. Wie geht es nach der Bundestagswahl weiter? Das soll in fünf Arbeitsgruppen beraten werden.

Kontakt: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen- gruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld. Fax: 0521-17 99 30

**Am 12. September '98 mit
der A-Klasse nach Berlin**

Arbeit und Reichtum um- verteilen!

BERLIN. Jeder weiß, daß es nicht so weiter geht wie bisher. Jeder spürt, wie Unsicherheit und Existenzangst um sich greifen. Jeder hofft, daß es ihn nicht trifft, daß er/sie doch so weitermachen kann wie bisher ...

Das Leben wird Leistungssport, die Auslese ist scharf. Aus Unsicherheit und Existenzangst bringen diejenigen, die im Spiel sind oder vorübergehend reinkommen, mehr Leistung. Die draußen sind, halten sich fit. Sie laufen sich warm, um eingewechselt zu werden. Das Spielfeld wird kleiner. Die nicht von Nutzen sind, fliegen raus.

„Wirtschaftswachstum“, „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Standortsicherung“ sind die Spielregeln. Tatsächlich hat sich die Wirtschaftsleistung der Industrienationen in den letzten 20 Jahren verdoppelt – und die Welt ist reich wie nie zuvor. Aber noch mehr Menschen hungern. Armut, Ausgrenzung und Verelendung nehmen zu.

Mit jedem Wirtschaftsaufschwung werden uns neue Arbeitsplätze versprochen. Das Ergebnis: mehr Erwerbslose, weitere Leistungskürzungen, steigender Druck, Schikane und Kontrolle. Mehr als sieben Millionen Arbeitsplätze fehlen, außerdem hunderttausende Lehrstellen.

Mehr als 5 Mio. Menschen leben unterhalb der Armutsschwelle, während fast 2 Mio Haushalte 10.000 DM und mehr im Monat ausgeben. Offiziell werden 25.000 Einkommensmillionäre ausgewiesen.

Wir nehmen diese Zustände nicht hin! Schluß mit Scham und falscher Bescheidenheit! Wir bekennen uns öffentlich zu unserer Erwerbslosigkeit. Wir wollen kein unkontrolliertes Wachstum, das zerstört; wir wollen keine Ausweitung der Billigjobs und geringfügigen Beschäftigung. Wir wollen eine Gesellschaft, die allen eine vernünftige Arbeit gibt und eine menschenwürdige Existenz sichert, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand.

Das schaffen wir nur, wenn wir laut werden, wenn wir den täglichen „Frieden“ stören! Das schaffen wir nur, wenn wir mehr werden, wenn aus dem Erwerbslosenprotest eine breite soziale Bewegung für Arbeit, Existenzsicherung und soziale Gerechtigkeit entsteht.

Seit Februar gehen Erwerbslose in über 300 Städten auf die Straße, immer am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen. Alle sind eingeladen und aufgefordert, mit uns zu protestieren: die erwerbstätig sind und die draußen stehen, SchülerInnen und Studierende, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere.

- **Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen!**
- **Garantiertes Mindesteinkommen!**
- **Radikale Arbeitszeitverkürzung!**
- **Existenzsichernde Arbeitsplätze!**
- **Qualifizierte Ausbildungsplätze!**
- **Gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum!**



Erstaufruf: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen; Arbeitslosenverband Deutschlands, Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Sozialhilfeinitiativen; BAG der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut.

Unterstützer: (Gewerkschaften) IG Metall; Gewerkschaft ÖTV; IG Medien; Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; Gewerkschaft Banken und Versicherungen; IG Bauen-Agrar und Umwelt; Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten; Deutsche Postgewerkschaft – (Andere Organisationen) DIDF – Föderation der demokratischen türkischen Arbeitervereine; ZEPRA-Erwerbslosenprojekte in Niedersachsen; SprecherInnengremium Hessischer Erwerbsloseninitiativen; Bundeskoordination Euromarsch; (Stand: 23.06.98)

INFOS: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstraße 10, 33602 Bielefeld, Fon 0521-17 99 22, Fax 17 99 30

Sechs landesweite Demonstrationen

Vorläufiger Höhepunkt der Arbeitslosenproteste ist die Demonstration in Berlin. Die Koordinierungsstelle ruft gemeinsam mit anderen Zusammenschlüssen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen bundesweit zur Teilnahme auf. Der Aufruf wird inzwischen von fast allen Einzelgewerkschaften unterstützt (siehe vorherige Seite). Parallel planen einige DGB-Landesbezirke im Rahmen der Kampagne: „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ landesweit zentrale Veranstaltungen: Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin, Niedersachsen in Hannover, Nordrhein-Westfalen in Dortmund und Bayern bzw. Mittelfranken in Nürnberg. Die Koordinierungsstelle empfiehlt die Teilnahme an den regionalen Veranstaltungen, wenn sie in Kooperation mit den Arbeitslosengruppen stattfinden und VertreterInnen der Arbeitslosen dort reden und ihre Forderungen einbringen können.

DEMOS AM 12. SEPTEMBER:

Berlin

13 Uhr Demos ab Rosa-Luxemburg-Platz (Volksbühne) Veranstaltung um 15 Uhr am Neptunbrunnen (Rotes Rathaus) anschließend Kulturprogramm Veranstalter DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. In Kooperation mit dem DGB-Kreis Berlin.

Dresden

„Wendefest“ im Alten Schlachthof von 14.00-23.00 Uhr Veranstalter DGB-Landesbezirk Sachsen, Schützenplatz 14, 01067 Dresden Ansprechpartner: Rudi Homann, Tel.: 0351-8633-110, Fax.: -158.

Dortmund

10.30 Uhr Demo ab Friedenbaumplatz, Kundgebung 11.00 Uhr Friedensplatz Veranstalter: DGB-Landesbezirk NRW, Friedr.-Ebert-Str. 34-38, 40210 Düsseldorf, Ansprechpartner: Tel.: 0211-3683-0, Fax.: -159.

Hannover

Demo ab 11 Uhr Schützenplatz, Kundgebung um 12.00 Uhr, Steintorplatz. Veranstalter: DGB-Landesbezirk Niedersachsen, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover. Ansprechpartner: Abt. Organisation, 0511-12601-47 od. -25, Fax.: -57.

Nürnberg

Kundgebung 11.55 Uhr in der Nürnberger Innenstadt, vorher und nachher Kulturprogramm. Veranstalter: DGB-Kreis Industrieregion Mittelfranken, Kreisbüro Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg Ansprechpartner: Manfred Dechant, Tel.: 0911-2376-0, Fax.: 2059382

Schwerin

Aktionsdemo ab 10.30 Uhr, Kundgebung um 11.00 Uhr. Veranstalter DGB-Mecklenburg-Vorpommern, Eckdrift 83, 19061 Schwerin. Ansprechpartner: Michael Rittmeier, Tel.: 0385-6383-220, Fax : -201

Einstimmiger Einstieg in den Ausstieg

MANNHEIM. Nach den einstimmigen Voten des Aufsichtsrates der MVV am 20.7. und des Gemeinderates am 28.7. ist es nun beschlossene Sache: Die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH MVV geht 25 Jahre nach der privatrechtlichen Umorganisation als GmbH mit ihrer Energie-Sparte im Frühjahr 1999 an die Börse.

Durch diesen Schritt soll eine Kapitalerhöhung finanziert werden, nach der am Ende die Stadt ca. 75% und private Anleger 25% des Kapitals der MVV-Energie-AG in Form junger Aktien halten. Mit dem über die Börse beschafften Kapital will der MVV-Vorstand sich rüsten für den „europaweiten Wettbewerb“.

Auf die europäische Deregulierung ...

Hintergrund für diesen spektakulären Schritt ist die Europäische Richtlinie für den Strombinnenmarkt aus dem Jahr 1996, die bis zum 19.2.1999 in nationales Recht umgesetzt werden muß. Unter der neoliberalen Federführung durch das Rexrodt-Ministerium wurde inzwischen unter Ausbootung des Bundesrates und gegen den vehementen Widerstand der Kommunalen Spitzenverbände eine Novellierung des deutschen Energierechts Ende April von der Koalition durchgepeitscht. Kernpunkt ist das künftige Abschaffung des „Gebietsschutzes“, der Monopolstellung z.B. kommunaler Energieversorger. Konkurrenz von Billiganbietern steht ins Haus, die z.B. auf ökologische Gesichtspunkte keinerlei Wert legen und die sich besonders dadurch stärken, daß sie sich die Großkunden herauspicken.

Die kommunalen und regionalen Energieversorgungsunternehmen müssen also in der Tat auf den Brüssel/Bonner Angriff reagieren.

... reagieren. Aber wie?

„Die größte Gefahr ist, wenn wir gar nichts tun“ wird OB Widder im *Mannheimer Morgen* (20.6.98) zitiert. Zweifellos eine Binsenweisheit. Die Frage ist nur: Was ist zu tun, was wäre zu tun gewesen? Herausgekommen ist ein bisher in der Bundesrepublik einmaliger Weg, auf dem sich der Sparkassen-erprobte Oberbürgermeister als „Mannem-vorn-Wirtschaftskapitän“ weiter profilieren und MVV-Vorstandschef Hartung in seiner letzten Amtsperiode doch noch auf das „Parkett“ schwingen kann in die gute Gesellschaft der shareholder.

Wenn man in schwierigen Situationen Entscheidungen treffen soll, dann empfiehlt es sich, Berater zu suchen. So auch der MVV-Aufsichtsrat. Nur welche?! Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse und die Investmentbank „Dresdner Kleinword Benson“ in Lon-

don (letztere wurde vom Aufsichtsrat auch besucht). Hat der Verband kommunaler Unternehmen e.V. keine Gedanken verschwendet, wie kommunale Energieversorger der neuen Situation gewachsen sein könnten? Immerhin ist Widder zur Zeit Präsident dieses Vereins. Gibt es keine ökologisch orientierten Wirtschaftsberatungsinstitute mit Schwerpunkt Energiewirtschaft, die man hätte in Bewegung setzen können?

„Börsentauglich“

Die beiden tatsächlich verpflichteten Berater kamen übereinstimmend zu der Auffassung, die MVV sei „börsenfähig“. Dresdner Kleinwood Benson bekommt höchst wahrscheinlich seinen guten Rat gedankt mit dem Auftrag, die Börseneinführung zu bewerkstelligen.

Die Strategie, die sich der MVV-Vorstand vom Aufsichtsrat hat absegnen lassen, und mit der er zu neuen europäischen Ufern aufbrechen und auf der „Winner“-Seite landen will, wurde oben schon kurz zitiert: „Neue Aktivitäten aus dem Kerngeschäft“ heraus: Stromhandel, Telekommunikation, „Facility-Management“, das „Contracting-Geschäft“, Consulting-Dienstleistungen speziell bei Fernwärme und im Ausland. Auf dieser Beratungsschiene hat die MVV bereits die „MVV Polska“ gegründet. „Croatien Gas“ soll folgen. „Interessant für potentielle Anleger sind auch die Beteiligungen der MVV“, schreibt der Vorstand zum „Jahrhundert-Ereignis“ auf seiner Internetseite. „In bedeutenden Größenordnungen hält die MVV u.a. Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland, am Großkraftwerk Mannheim, in nicht unwesentlicher Höhe am Badenwerk. Aus dem starken Engagement in den neuen Bundesländern rührt noch eine Beteiligung an den Stadtwerken Meißen.“ Ausdrücklich wird die Beteiligung an bzw. die Fusion mit anderen Stadtwerken in Betracht gezogen. Gleichberechtigte Kooperation unter Beibehaltung der Selbständigkeit der Partner scheint demgegenüber nicht von Interesse zu sein. Anstatt sich durch Kooperation den Elektrizitätserzeuger-Monopolen entgegenzustellen, möchte die MVV-Spitze das Unternehmen selbst im Club der Großen mitspielen sehen.

Und der „Querverbund“?

Nun fragt sich, ob die Aktionäre, ob „die Börse“ viel von dem bisherigen Querverbund halten werden zwischen Energie und Wasser einerseits, sowie Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) andererseits. Immerhin betrug im letzten Geschäftsjahr das operative Ergebnis der Verkehrstochter MVG satte 55 Mio. DM minus. „Die Finanzierung des ÖPNV aus den Gewinnen des Energiebereichs sei

gesichert“, wird OB Widder am 21.7. im MM zitiert. Woher er wohl diese Gewißheit nimmt? Haben sich die Begutachter der Börsenfähigkeit zu diesem Thema nicht geäußert? Es ist kaum vorstellbar, daß 55 Mio. DM Verlust „börsengängig“ sein sollen. Ist da an Deckelung gedacht? Und wie soll das funktionieren?

Shareholder-Philosophie

Man höre und staune: „Der Unternehmenserfolg wird nach einem neuen Kriterium beurteilt: dem Wert des Unternehmens an der Börse“. Dies ist eine der „neuartigen“ Erkenntnisse, die der Aufsichtsrat von seinem London-Trip zur „Dresdner“ mitbrachte (MVV-report 7/98). Bei der Gelegenheit schaute man sich auch bei der „Southern Electric“ um, dem einzig übrig gebliebenen unabhängigen Regionalversorger in England, wo die Strommarktliberalisierung bereits 1990 begann. Die Beschäftigtenzahl ging dort von 6 000 auf 2 900 zurück, vermeldet die MVV-Kunden- und Mitarbeiterzeitung „report“. Damit wird für das laufende Kostensenkungsprogramm der MVV quasi eine Zielmarke gesetzt.

Entkommunalisierung

„Ein Stück Risiko ist an der Börse natürlich dabei“, erklärte Widder im *Mannheimer Morgen* vom 21.7. Wie berechtigt sind da Bedenken der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Yvette Boedecker, Mitglied des MVV-Aufsichtsrates: „Mit jedem neuen Projekt steigt das unternehmerische Risiko für die MVV und damit die Stadt. (...) Die unternehmerischen Aktivitäten der global MVV können vom Gemeinderat nicht adäquat überwacht und kontrolliert werden; er übernimmt eine politische Verantwortung, die er gar nicht tragen kann. (...) Je stärker die MVV international agiert, je mehr der Gemeinderat die Kontrolle über seine ‚Tochter‘ verliert, umso mehr Wasser wird das auf die Mühlen der Privatisierungsbefürworter sein.“ (*Grüne Liane*, Juni 98).

Nur schade, daß die Fraktionsvorsitzende trotz dieser Erkenntnisse dem Jahrhundertereignis dann doch zur Einstimmigkeit verhalf, obwohl mögliche Alternativen keineswegs ausgelotet scheinen. Mit der MVV-Privatisierung und Entkommunalisierung bahnen sich ähnliche Bedingungen an, aus denen der Sparkassenskandal hervorgegangen ist.

Die kommunale Kontrolle durch den Gemeinderat, ohnehin schon geschwächt, wird durch die Teilprivatisierung vollends untergehen. In Fragen des Umweltschutzes, des ÖPNV und nicht zuletzt bezüglich eines der größten Arbeitgeber Mannheims wird dies Folgen haben. tht

„Eigentlich hätte ich einen Freispruch verdient...“

Kritischer Polizist wegen Holzpferd vor Gericht

KÖLN. Nach 25 Jahren Polizeidienst mußte Bernward Boden eigentlich eine Ehrenurkunde bekommen, stattdessen bekam er eine Strafanzeige. So saß der anerkannte Experte für Verkehrssicherheit, der als Zeuge oder Experte zwar schon oft vor Gericht aufgetreten ist, gestern erstmals im Leben auf der Anklagebank – in voller Uniform; ein wahrhaft selbster Anblick. Nicht für einen polizeilichen Übergriff mußte er sich verantworten, sondern für eine Demonstration, die er organisiert hatte.

Der Mitbegründer und langjährige Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten“ hatte zum „St.-Martins-tag“, am 10. November letzten Jahres, einen „Martinszug der Obdachlosen“ angemeldet, der dann auch in der Umgebung des Doms stattfand. Wer die Kölner Verhältnisse kennt, hat Grund zu der Vermutung: Die Kundgebung wurde durch die Protektion der „Kritischen Polizisten“ erst möglich, konnte also nicht einfach verhindert werden wie etwa eine Versammlung des „Jüdischen Forums“ tags zuvor zum Jahrestag der Reichspogromnacht, die Kölner Ordnungsamt und Polizei in skandalöser Weise aufgelöst hatten. Doch erließ das Polizeipräsidium eine Reihe von Auflagen, die auch der Polizeikommissar Boden teils als „unsinnig“, ja schikanös empfand.

Schildergasse und Hohe Straße, die belebteste Geschäftsmeile, sollten gemieden werden, um die Passanten nicht durch die Demonstration zu „belästigen“. Ein Pferd aus Holz, Symbol der im Herbst 1996 vom Ordnungsamt und Polizei gewaltsam beseitigten „Klagemauer für den Frieden“, „trabte“ oder besser: rollte dem Zug voran.

Auf diesem Holzpferd dürfe niemand aufsitzen, dekretierte die Auflage, denn das hölzerne Roß sei „instabil“. Bernward Boden verhierte denn auch, daß Kinder, ihrem Spieltrieb folgend, auf das Holzpferd kraxelten. Klagemauer-Initiator und Holzpferd-Konstrukteur Walter Herrmann ließ sich freilich nicht davon abhalten, sein eigenes „Werk“ zu besteigen. Daß Boden ihn dort nicht, notfalls mit Gewalt, herunterholte, wurde ihm nun als „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ ausgelegt. Zweiter Anklagevorwurf: Für Durchsagen hatte Boden ein Megaphon benutzt. Das war aber erst ab 100 Demo-Teilnehmern er-

laubt, so die Auflage aus angeblichen „Gründen des Emissionsschutzes“ – in einer Stadt, in der jedes lärmende kommerzielle Großevent ansonsten ohne Beanstandung durchgeht.

Wer nicht unmittelbar an der Demonstration teilnehme, solle von ihr auch nichts wahrnehmen müssen, so der Tenor des polizeilichen Auflagenwerks in glatter Sinnverrehung des Demonstrationsrechts. Der erfahrene Polizist Boden kam nach mehrfacher penibler Zählung auf

Polizist aus tiefer Überzeugung ernstnimmt.

Als 19-jähriger ging er 1973 zur Polizei: „Ich war Idealist“, erklärt er, und daß er von Anfang an „den Schwachen helfen“ wollte. Anfangs noch „unpolitisch“ hätten ihn die Erfahrungen mit der Institution Polizei politisch bewußt gemacht: politischer Mißbrauch der Polizei, Fälle von Übergriffen und Machtmißbrauch. Viele Menschen habe er sterben sehen, manche seien in seinen Armen gestorben,

Gewaltopfer, Selbstmörder, Verkehrstopfer, erschütternd viele Kinder dabei. „Das erträgt man nur, wenn man sich verhärtet oder versucht die Zustände zu ändern“, meint Boden. Er entschied sich für das letztere. Mit Gleichgesinnten gründete er 1986 die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten, war ihr Bundessprecher bis 1997.

Bodens Kollege Schmitz, der als Anzeigerstatter fungierte, wird als Zeuge aufgerufen; er grüßt Boden nicht, würdigt ihn keines Blickes. Er behauptet unbeirrbar: Es seien „deutlich unter 100 Teilnehmer“ gewesen, „so höchstens 50 oder 60“, peilt er über den Daumen; genau kann er's nicht sagen, exakt gezählt wie Boden hat er nämlich nicht.

Bleibt der Vorwurf, Walter Herrmann nicht vom Holzpferd geholt zu haben. „Die Anklage wirft mir letztlich vor, keine Gewalt angewandt zu haben, doch das betrachte ich geradezu als Lob.“ Eine Auflösung der ganzen Demonstration nur wegen dieses unerlaubten Ritts auf einem hölzernen Gaul wäre selbst dem Kollegen Schmitz „unverhältnismäßig“ erschienen. Da spätestens fällt das Anklagegebäude in sich zusammen wie ein geplatzter Luftballon.

Der Richter schlägt die Einstellung des Verfahrens vor – immerhin könnte eine Weiterführung des Verfahrens Polizeibehörde und Staatsanwaltschaft noch ärmlicher dastehen lassen. „Eigentlich hätte ich einen klaren Freispruch verdient“, meint Bernward Boden und resümiert: „98 % aller Übergriffs-Verfahren werden gleich eingestellt, so etwas aber wird durchgezogen, bis es nicht mehr geht.“ Da können selbst den „Idealisten“, der nach einem Vierteljahrhundert Polizeidienst immer noch an „Gerechtigkeit“ glaubt, Zweifel am Rechtsstaat beschleichen.

Hans-Detlev von Kirchbach



Bernward Boden links auf dem Bild zusammen mit Walter Herrmann und dem unverwechselbaren Holzpferd.

über 100 Teilnehmer, seine Kollegen widersprachen ihm nicht. Statt dessen erstatteten sie Anzeige wegen Auflagenverstoßes.

Der zuständige Staatsanwalt vertritt seine Sache nicht selbst, er schickt vielmehr eine junge Referendarin vor; aus gutem Grund. Denn schon die Verlesung solcher zur justiziellen Haupt- und Staatsaktion aufgeblasener „Anklagevorwürfe“ löst im Saal eine Welle von Heiterkeit aus, die nun über der bedauerlicherweise auszubildenden statt über ihrem Chef zusammenschlägt. Der Richter, erbost, erläßt ein striktes „Lachverbot“. Ein Hauch von Millowitsch weht durchs Kölner Amtsgericht. Doch für Bernward Boden steht einiges auf dem Spiel. Und je weiter der Prozeß auf sein vorzeitiges klägliches Ende zugeht, um so sichtbarer wird der untaugliche Versuch, mit zusammengeschluderten Tat- bzw. Unterlassungsvorwürfen, die bestenfalls dienstrechtlich hätten geklärt werden können, einen unbequemen Beamten als Straftäter zu brandmarken, ins Unrecht zu setzen, kaltzustellen.

Und ebenso deutlich wird, daß Bernward Boden der Institution Polizei unbequem sein muß, gerade weil er, im Gegensatz zur Anklage, seine Pflichten als

Rostock: Breites Bündnis gegen geplante NPD-Kundgebung

Für den 19. September hat die NPD in Rostock eine öffentliche Kundgebung, angeblich Höhepunkt ihres Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern, angekündigt. Ein breites Bündnis hat sich zum Protest gegen dieses Vorhaben gebildet.

Landesweit, aber auch in den angrenzenden Bundesländern, gibt es unter antifaschistischen Gruppen und Parteien bereits Vorbereitungen für Gegenaktionen – angefangen von einem Konzert „Rock gegen rechts“ bis zu einer großen öffentlichen Gegenkundgebung. Noch aber steht nicht fest, ob die NPD überhaupt ihre neofaschistische Propagandaaktion durchführen kann: Die Stadtverwaltung prüft noch die Möglichkeiten, die Provokation gar nicht erst zu genehmigen. In Rostock selbst hat sich ein breites „Bündnis gegen rechts“ gebildet, mit PDS, Jusos, Grünen, Antifa usw., dem bisher bereits 38 Organisationen und Parteien angehören und das die Gegenaktionen koordinieren und vorbereiten soll. Ende dieser Woche soll ein gemeinsamer öffentlicher Aufruf erscheinen. *Hier Auszüge aus einem ersten Aufruf der Antifa-Rostock. (rül)*

Keine Nazi-Aufmarsch in Rostock

Die neofaschistische NPD plant am 19.9. als Abschlußveranstaltung ihres Wahlkampfes eine Großdemonstration in Rostock-Lichtenhagen. Diese soll vor dem Sonnenblumenhaus enden. Dort fanden vor 6 Jahren über mehrere Tage pogromartige Angriffe auf die damalige Zentrale Aufnahme- und Wohnheim vietnamesischer VertragsarbeiterInnen statt. Für die Nazis ist dieses Haus zum Symbol geworden. Sie hoffen, daß der damals eingeschlagene Weg sie heute in die Parlamente führt. (...) *Wir sind für eine Gesellschaft, in der ein gleiches Recht für Alle gilt und in der demokratische Teilhaberechte unabhängig von ihrer geographischen Herkunft garantiert werden!* Vielerorts dominieren die Rechten bereits den Alltag auf der Straße. Ein rechter Mainstream insbesondere unter den Jugendlichen wird in der Regel durch eine weitgehende Akzeptanz des Rechtsseins in den Jugendclubs begünstigt. Aber es gibt auch noch viele andere, die auf Nazis keinen Bock haben. *Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich treffen können, ohne ständig mit dem rechten Umfeld und rassistischen Parolen konfrontiert zu sein.* (...) Die Rostockerinnen und Rostocker sagen „Nein zu Menschenverachtung, rassistischer Gewalt und nationalem Wahn: Kein Platz für Nazis in Rostock und anderswo! (...)“

Antifa, PDS, Grüne gegen „Tag der Heimat“ am 6.9. in Berlin

Bündnis gegen Revanchismus

Zum diesjährigen „Tag der Heimat“ des revanchistischen Vertriebenenverbands in der Berliner Sömmeringhalle am 6. September hat der BdV als Hauptredner den früheren rheinland-pfälzischen und jetzt thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel angekündigt. Drei Wochen vor der Bundestagswahl will der Verband offenbar die Bemühungen der CDU zur Mobilisierung rechter und nationalistischer Wählerinnen und Wähler massiv unterstützen. Ein Bündnis „Tag ohne Heimat“ von Antifa, Grünen, PDS bereitet Proteste dagegen vor.

Für großdeutsche Schärfe und Hetze auf der Veranstaltung wird dabei sicher die berüchtigte BdV-Präsidentin die Frankfurter CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach (MdB) sorgen, die wie Berlins CDU-Bürgermeister Diepgen ein Grußwort überbringen will. Als „Umrahmung“ sind angekündigt: „Märkische Blasmusik Eisenhüttenstadt“ und „Siebenbürgische Jugendtanzgruppe Heilbronn“.

Eine Aktionseinheit von Antifa-Gruppen, PDS, Grünen, VVN u.a. bereitet eine Gegenkundgebung vor, die am 6.9. ab 12.30 Uhr vor der Sömmeringhalle stattfinden soll, mit Musik und Kabarett. Als

Uhr im „Ex“ im Mehringhof in der Gneisenaustr. 2a der Film „Unheimliche Nachbarn“ von Hans-Rüdiger Minow gezeigt, der sich u.a. mit der deutschen Politik in den „Euroregionen“ befaßt.

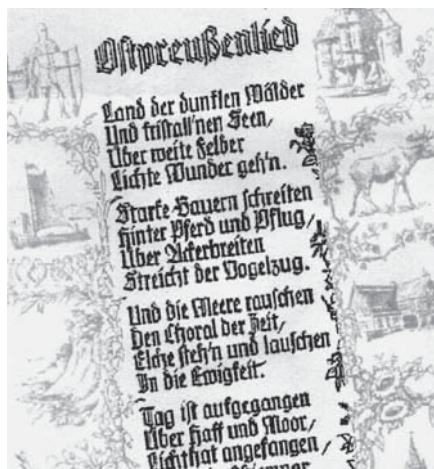
Am 2. September folgt um 19.30 Uhr im „Kato“ im U-Bahnhof Schlesisches Tor eine Veranstaltung zu „Exportschlag-Heimat – Nato-Osterweiterung und deutsche Großmachtspolitik“.

Mit einer gemeinsamen antifaschistischen Zeitung „Nie wieder Heimat“ wird zu all dem mobilisiert. *Wir dokumentieren einen Beitrag aus dieser Zeitung.*

„Tag der Heimat“ im Rückblick

Jedes Jahr im September veranstaltet der BdV in Berlin und anderen Orten seinen „Tag der Heimat“ (TdH). In Berlin besteht dieses Ereignis aus einem Kranzabwurf am Theodor Heuss Platz, je einem katholischen und evangelischen Gottesdienst und einer Großveranstaltung mit prominenten Rednern.

Schirmherr des TdH ist seit vielen Jahren Eberhard Diepgen. Auch andere CDU-Politiker treten gerne dort auf, um Wählerstimmen zu sammeln. Als Veranstaltungsort mußten bisher die Waldbüh-



Redner/innen sind angekündigt u.a. Ulla Jelpke (PDS), Christian Ströbele (grüner Direktkandidat zum Bundestag in Kreuzberg), Sprecher/innen der Antifa und evtl. polnische und tschechische Gäste. „Dr. Seltsam“ wird moderieren.

Im Vorfeld des „Tags der Heimat“ hat das Bündnis „Tag ohne Heimat“ zusätzlich Veranstaltungen vorbereitet. Bereits am 18. August referierte Samuel Salzborn (*Jungle World*) über den „Deutschen Ritt nach Osten“. Am 24.8. findet im Pommernsaal des Rathaus Charlottenburg eine Veranstaltung statt unter dem Titel „Die Heimatkeule. Der Bund der Vertriebenen – Revanchismus, Kriegstreiberei und völkische Politik“, Beginn 19.30 Uhr.

Am Freitag, den 28.8., wird ab 19.30



Der Elch taucht neuerdings nicht nur im „Ostpreußenlied“ auf ...

ne, das ICC sowie seit 1989 die Sporthalle Charlottenburg in der Sömmeringstraße, die kostenlos zur Verfügung gestellt wird, herhalten. Jeder TdH findet unter einem Motto statt. Ein paar Kostproben:

- „Recht und freie Selbstbestimmung für alle Deutschen“ (1988)
- „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – das ganze Deutschland ist unser Vaterland“ (1989)
- „Für Recht und geschichtliche Wahrheit“ (1992)
- „Europäische Friedensordnung mit Volksgruppenrechten“ (1993)
- „Recht auf Heimat“ (1994)
- „50 Jahre Flucht, Deportation, Vertreibung – Unrecht bleibt Unrecht“ (1995)
- „Heimat ist Auftrag – Gerechtigkeit unser Ziel“ (1996)

• „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1997)

Ein Programmpunkt jedes TdH ist die Verleihung einer „Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“ (kurz: PfVudd-OudS). Über die PfVuddOudS durften sich schon einschlägig bekannte Personen freuen, wie z.B.: Helmut Kohl 1984, Alfred Dregger 1985 (dreimal verwundet), F.J. Strauß 1988, Karl Carstens 1989 (Ex-Nazi; Ex-Wander-Präsident), Herbert Fleissner 1990 (rechter Verleger), Theodor Oberländer 1994 (Kriegsverbrecher mit Bundesverdienstkreuz, Ex-Vertriebenenminister), Herbert Czaja 1995 (langjähriger BdV-Vorsitzender, MdB).

Regelmäßig verteilen vor und in der Halle die verschiedensten rechten Gruppierungen wie z.B. NPD, REP und vor ihrem Verbot auch die FAP ihre faschistische Propaganda.

In der mit Fahnen aus der „Heimat“ vollgehangenen Halle gibt es neben unsäglichen Volkstanzgruppen auch noch Reden von BdV-Funktionären und Politikern zu ertragen, in denen, je nach politischer Wetterlage, mehr oder weniger laute Forderungen an die östlichen Nachbarländer gestellt werden. Seit 1989 werden diese Forderungen auch gerne als Druckmittel für einen möglichen EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer eingesetzt. Der BdV Wunschzettel ist lang: Gebietsansprüche, Niederlassungsrecht und Selbstbestimmung der „deutschen Minderheiten“, Klärung offener Vermögensfragen, Wiedergutmachung der als „Unrecht“ bezeichneten Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg.

So weit, so schlecht. Was wurde bisher gegen den TdH in Berlin unternommen?

Beim TdH 1994 fand eine Protestkundgebung von Antifa-Gruppen vor der Sömmering-Halle unter dem Motto „Königsberg bleibt Kaliningrad – Revanchistische Politik ist Kriegspolitik“ statt.

Ein Jahr später wurde eine Gegenkundgebung von einem breiten antifa-schistischen Bündnis getragen. Doch diesmal durfte die Kundgebung nicht vor der Halle stattfinden, die Halle wurde großräumig abgesperrt und von einem massiven Polizei-Aufgebot bewacht. In Redebeiträgen wurde über die revanchistische Politik des BdV informiert. Die anschließende Kurzdemonstration mit ca. 300 Leuten zum nächsten U-Bahnhof wurde von der Polizei brutal angegriffen, es kam zu mehreren Festnahmen.

Um ein politisches und kulturelles Gegengewicht zum völkisch-dumpfen „Tag der Heimat“ zu setzen, fand 1997 ein Generalkongress „Tag ohne Heimat“ in der Humboldt-Uni statt, bei dem über die Finanzierung des BdV durch die Bundesregierung, Zusammenhänge zwischen Vertriebenenverbänden und Neonazis, die Kontinuität völkischer Politik Deutschlands und über die Auseinandersetzungen bei der Deutsch-Tschechischen Erklärung informiert und diskutiert wurde. Die Zeitung ist zu beziehen über: AGIP, c/o Baobab, Christburger Str. 3, 10045 Berlin.

KOMBILOHN: München.

Der Städtetag lehnt die Einführung des Kombilohns ab.

Folgende Kritikpunkte veröffentlichte der bayerische Städtetag: Mit dem Kombilohn werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern lediglich bereits vorhandene Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich subventioniert. Die hierfür eingesetzten öffentlichen Gelder kommen letztlich nicht den betroffenen Arbeitern, sondern den Unternehmern zugute. Es besteht die Gefahr, daß die subventionierten Arbeitsplätze die regulären Jobs verdrängen. Der „öffentliche“ Anteil am Kombilohn wird zu Lasten der Kommunen als Sozialhilfeträger gehen. Es fehlt nicht an finanziellen Anreizen, sondern an Arbeitsplätzen. Vorsitzender Deimer: „Wenn ich die Arbeitslosenzahlen anschau, ist mir schleierhaft, wo diese ‚Billigarbeitsplätze‘ zu finden sein sollen.“

AKTION STROMWECHSEL: Hamburg.

Greenpeace startet am 17. August die „Aktion Stromwechsel“. Damit reagieren die Umweltschützer auf den seit Ende April „liberalisierten“ Strommarkt. Sie rufen alle Verbraucher auf: „Kehren Sie den Atomstromkonzernen den Rücken und entscheiden Sie sich für sauberen Strom!“ Als 1. Schritt werden bundesweit Absichtserklärungen von Stromkunden per Telefon, Fax, Internet und an Infoständen gesammelt. Trotz der Öffnung des Strommarktes können die Verbraucher noch keinen ökologisch sauberen Strom zu einem fairen Preis beziehen. Denn die Bundesregierung hat es Industrie und Energiekonzernen selbst überlassen, die Preise für die Benutzung ihrer Stromnetze festzulegen. Das Ergebnis: Saubere Stromproduzenten müssen deutlich mehr für die Durchleitung ihres Stromes bezahlen als die Energiekonzerne, denen die Netze gehören. Umweltfreundlicher Strom wird dadurch krass benachteiligt: Die Durchleitung 1 Kilowattstunde über 300 km für Windstrom kostet rund 13 Pfennig, für Solarstrom 16, für Atom- oder Kohlestrom aber weniger als 6 Pfennig. Als 2. Schritt will Greenpeace dafür sorgen, daß alle Mitmacher auch tatsächlich einmal sauberen Strom beziehen können: „Sollte sich kein geeigneter Stromanbieter finden, werden wir nicht zögern, eine eigene Firma zur Stromversorgung zu gründen.“

MIETERGÄRTEN: München. Nach Beschluß des Stadtrates sollen in verschiedenen Stadtvierteln 500 Mietergärten angelegt werden, um die Lebensqualität der Anwohner zu steigern. Mit den Mietergärten werden die bisher oft kargen Abstandsflächen zwischen den Häusern zur Verfügung gestellt. Jedem Gartler ist es freigestellt, wie er die Fläche bepflanzt und gestaltet. Die Nutzung ist

kostenlos; neben den Aufwendungen für die Bepflanzung müssen die Mieter lediglich den Wasserverbrauch bezahlen, der mit 20 Mark pro Jahr zu Buche schlägt. Man hofft, daß sich damit auch die Kommunikation zwischen den Hausbewohnern verbessern kann.

SCHULSCHLIESSUNGEN: Dresden.

Die zunehmende Zahl von geschlossenen Schulen in Sachsen hat für die Eltern immer gravierendere finanzielle Auswirkungen. Obwohl sie an den Beschlüssen über Schulschließungen nicht beteiligt sind, müssen sie in immer größerem Umfang für deren Folgekosten aufkommen. Betrug 1992 der Elternanteil an den Schülerbeförderungskosten noch 611 637 Mark, so stieg er bis zum Jahr 1998 auf über 16 Millionen Mark an. Auch der relative Anteil der Eltern an den Gesamtkosten stieg enorm: 1992 trugen die Eltern in den Landkreisen einen Kostenanteil von 1,8 %, in diesem Jahr werden es 17,6 % sein. De facto müssen Eltern für die Realisierung der Schulpflicht ihrer Kinder Jahr für Jahr mehr bezahlen.

AUSGLEICH: Frankfurt/Main.

Finanzdezernent Glaser bestätigte Befürchtungen, daß mit der Fusion der Stadtwerke und der Maingaz-AG (Mainova) und der Liberalisierung der Energiemärkte die Schwierigkeiten, die Verluste des Öffentlichen Nahverkehrs aus Gewinnen des Energieunternehmens auszugleichen, weiter wachsen. ÖPNV-Verluste sollen nur solange von Mainova getragen werden, solange dafür nicht ihr Eigenkapital herangezogen werden muß. Das Eigenkapital der Stadtwerke war seit 1985 kontinuierlich geschrumpft, weil Verluste gedeckt werden mußten.

SANKT BÜROKRATIUS: Bad Grönenbach.

100 Verkehrszeichen ließ der Bürgermeister der Allgäugemeinde entfernen, um des besseren Durchblicks willen. Doch umgehend mußte er die engen Grenzen eines kleinen Ortsvorstehers erkennen. Weil unter den Schildern auch einige des Kreises waren, informierten Polizei-Mitarbeiter des Kreis-Bauhofs die Polizei, die dann „von Amts wegen Ermittlungen“ einleitete, der Bürgermeister erhielt eine Anzeige wegen Sachbeschädigung. Drei Stunden wurden der Übeltäter und eine Mitarbeiterin verhört. „Und wenn der Generalstaatsanwalt über die Sache informiert wird, treibt das einem Normalbürger wie mir den Schreck in die Glieder. Das ist die geballte Staatsmacht, die da auf einen zukommt“, so der Bedrängte. Der Kreis-Polizeichef meint, daß ein Bürgermeister auch im eigenen Gemeindegebiet kein Entfernen von Verkehrsschildern anordnen darf. Der Bürgermeister will jetzt über die Änderung von Gemeindevorschriften zum Ziel kommen. Zusammenstellung: baff



Seit dem 23. Juli werden die Nanz-, Allfrisch- und Preisfux-Supermärkte in der Kurpfalzregion bestreikt. Auf diesem Bild sind streikende Beschäftigte vom Nanz-Supermarkt in der Käfertaler Straße in Mannheim zu sehen.

EDEKA: 83 FRISTLOSE KÜNDIGUNGEN FÜR 83 STREIKENDE.

In der Auseinandersetzung um die Übernahme von den 44 Nanz-, Allfrisch- und Preisfux-Märkten im Rhein-Neckar-Raum läßt die Geschäftsleitung die Auseinandersetzung weiter eskalieren. Nachdem seit 17 Tagen (Stand 11. 8.) 19 Filialen bestreikt wurden, machte Edeka am 11. August seine Drohung wahr. 83 Beschäftigte, vorwiegend Frauen, wurden fristlos gekündigt. Gegen die HBV Mannheim hat Edeka Klage wegen rechtswidrigen Streik eingelegt und fordert Schadenersatz im „sechsstelligen Bereich“. Die HBV ihrerseits hat angekündigt, Edeka wegen den ungesetzlichen Kündigungen zu verklagen. Der Streik, zu dem die HBV aufgerufen hat, sei gesetzmäßig. Die HBV gibt den gekündigten Beschäftigten Rechtsschutz.

Die Geschäftsleitung der Edeka Rhein-Neckar mit Sitz in Heddeshheim sieht offensichtlich rot. Der Geschäftsführer Jürgen Bartels hat in einem Brief an den Mannheimer Pater Otto Schabowicz von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) mit Kirchenaustritt gedroht, wenn dieser seine Patenschaft für zwei von Entlassung bedrohte Nanz-Betriebsräte aufrecht erhalte. Gegenüber der Presse beklagt der Sprecher der Geschäftsleitung, Karl Straub, offen den

„riesengroßen“ Imageschaden. Die öffentliche Boykottkampagne scheint die Geschäftsleitung am Nerv zu treffen. Im Sinne der Beschäftigten wäre es zu wünschen, wenn die Geschäftsleitung doch noch einlenkt, denn die Beschäftigten und die HBV führen einen gerechten Kampf. Entgegen der Berichterstattung des *Mannheimer Morgens*, der der Mannheimer HBV und ihrem Geschäftsführer Scharfmacherei auf dem Rücken der Beschäftigten unterstellt, geht es hauptsächlich um etwas anderes wie um den Konflikt, Edeka-Betriebsrat und DAG auf der einen Seite, Nanz-Betriebsrat und HBV auf der anderen Seite. Allerdings ist es für den Edeka-Betriebsrat beschämend, wie er den mit der Geschäftsleitung ausgehandelten Sozialplan den anderen Beschäftigten überstülpen will und wie offen er das Geschäft der Geschäftsleitung betreibt.

Die Geschäftsleitung will den bisherigen Standort-Betriebsrat von Nanz/Allfrisch Rhein-Neckar nicht anerkennen, weil sie die damit verbundenen Betriebsvereinbarungen kippen will. Die Betriebsvereinbarungen sehen im Gegensatz zu Edeka unter anderem vor: Eingruppierung für Pauschalbeschäftigte (geringfügig Beschäftigte) nach Tarifvertrag, Vertretungsgeld bei Personalersatz für Marktlei-

ter, Betriebsvereinbarung über Arbeitszeit (Begrenzung von Wochenendarbeit), Einkaufsrabatt für das Personal usw.

Außerdem geht es den Nanz-Betriebsräten und der HBV um die Sicherheit der Arbeitsplätze. Auch wenn die Edeka-Geschäftsleitung über den MM lauthals verkünden läßt, daß durch die Übernahme von Nanz keine betriebsbedingten Kündigungen geplant seien, so ist doch das genaue Gegenteil offensichtlich: Im Zusammenhang mit der Übernahme hat Edeka deutlich gemacht, daß zukünftig Filialen privatisiert oder geschlossen werden sollen. scr

BETRIEBSVEREINBARUNG GEGEN RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

FRANKFURT/MAIN. Zwischen der Niederlassungsleitung und dem Betriebsrat bei der Niederlassung Briefpost in Frankfurt wurde eine Betriebsvereinbarung für Gleichbehandlung und Partnerschaft geschlossen. Ziel dieser Betriebsvereinbarung ist es, Beschäftigte ausländischer Herkunft wirksam vor Diskriminierung zu schützen und zu einem partnerschaftlichen Verhältnis im Betrieb beizutragen. Als Grundsätze für Gleichbehandlung und Partnerschaft werden die Nichtdiskriminierung, die Förderung der Chancengleichheit und das Auftreten gegen Rassismus und Fremdenhaß genannt. Diese Grundsätze sollen bei allen personellen, sozialen, organisatorischen und Bildungsmaßnahmen eingehalten werden. Dafür erklären die Niederlassungsleitung und der Betriebsrat ihre gemeinsame Verantwortung.

Der Entwurf der Vereinbarung wurde vom Arbeitskreis Inländer/Ausländer als Beitrag zum Europäischen Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (1997) erarbeitet. Dieser Arbeitskreis wurde nach dem mörderischen Brandanschlag in Solingen Ende Mai 1993 und dem Hungerstreik eines türkischen Kollegen wegen dieses Anschlags beim damaligen Postamt 3 gegründet. Bei der jetzigen Niederlassung Briefpost wurde der Arbeitskreis fortgeführt und durch die Betriebsvereinbarung auch für die Zukunft abgesichert.

Der Arbeitskreis will zur

Lösung von Konflikten und zum besseren Verständnis zwischen InländerInnen und AusländerInnen beitragen. Er wird über die Ursachen und Wirkungen von Vorurteilen informieren. Durch Aktionen und Aufklärung will er die Beschäftigten für die alltäglichen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sensibel machen und Aktivitäten für Gleichbehandlung und Partnerschaft vorschlagen und durchsetzen.

In unserer Niederlassung sind ca. 50 Nationalitäten vertreten. Von den rund 3200 Beschäftigten sind etwa 730 ausländischer Herkunft, davon arbeiten allein im Briefenzentrum Frankfurt zwei Drittel. Pressemitteilung des Betriebsrats

ABB: SOZIALPLANVERHANDLUNGEN. Arbeitsrichter Dicke vom Mannheimer Arbeitsgericht, der erst kürzlich einen Schlichtungsspruch über einen Interessenausgleich für die Auseinandersetzung bei ABB Käfertal gesprochen hat, hat nun auch einen Vorschlag über den Abschluß einer Betriebsvereinbarung für einen Sozialplan unterbreitet.

Der Betriebsrat und die Unternehmensleitung können diesen Vorschlag bis zum 25. August annehmen und damit eine einvernehmliche Ergebnis erzielen. Ansonsten ist davon auszugehen, daß Arbeitsrichter Dicke als Einigungsstellenvorsitzender Anfang September eine verbindliche Lösung unterbreiten wird.

Der Betriebsrat von ABB Käfertal hat gegenüber dem *Kommunal-Info Mannheim* erklärt, daß er den Vorschlag von Arbeitsrichter Dicke sorgfältig prüfe. Der Betriebsrat kämpfe für einen Sozialplan, der über dem Niveau der letzten Jahre liege und damit den zum Nachteil der Beschäftigten veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen Rechnung trage.

Vom Unternehmen verlangt der Betriebsrat eine detaillierte Personalplanung und eine detaillierte Kapazitätsplanung. Der Betriebsrat geht davon aus, daß ABB Käfertal im Frühjahr Entlassungen vorbereitet. Er hat seinen entschiedenen Widerstand angekündigt. scr

Zusammenstellung: alk

Kein Großklinikum!

Mitte Juni 1998 kam die Gemeinderatsvorlage des Stuttgarter Oberbürgermeisters Schuster heraus mit der Zielsetzung der Zusammenlegung der vier städtischen Kliniken zu einem Eigenbetrieb zum 1. Januar 1999. Ferner beinhaltete der Beschluß die Fortsetzung der Leitung der Krankenhäuser durch die Firma Sana. Innerhalb von 14 Tagen sollte der Beschluß durch den Gemeinderat. Nach Protesten vor allem der Personalvertretungen wurde die Beschlußfassung zunächst auf Oktober verschoben. Auch dieser Zeitpunkt erlaubt eine Abklärung der vielen offenen Fragen nicht und verhindert jegliche Einbeziehung von Mitarbeitern, um die Tauglichkeit der neuen Struktur zu prüfen. Am 30. September findet eine gemeinsame Personalversammlung der städtischen Kliniken zu diesem Thema statt.

Zur Zielsetzung der Zusammenlegung kritisiert die ÖTV in ihrer Presseerklärung vom Juli 1998:

Laut Gemeinderatsvorlage stehen „Wettbewerb und Kostendruck, Effektivität und Effizienz und der Ausbau der Marktposition“ im Vordergrund. In keinem Teil der Begründung wird konkret auf eine geplante Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung eingegangen.

Der Versorgungsauftrag der Stadt bedeutet unserer Meinung nach, daß die gute medizinische Versorgung der Bürger gewährleistet sein muß und dafür Sorge zu tragen ist, daß diese stadtteilnah stattfinden kann. Weiterhin darf nicht aus finanziellen Erwägungen die freie Arztwahl, die ja derzeit durch das Angebot der verschiedenen Kliniken gewährleistet ist, eingeschränkt werden. Die flächendeckende Grundversorgung darf nicht zugunsten von zentralen Spezialeinrichtungen gefährdet werden.

Bereits jetzt gibt es Bestrebungen unter ausschließlich marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Marktlücke) Spezialrichtungen auszubauen. Die Tatsache, daß in den nächsten Jahren weit über 20 Chefarztstellen frei werden, läßt befürchten, daß hier viele Betten und ganze Abteilungen verschwinden werden oder nur noch einmal angeboten werden sollen. Sogenannte Synergieeffekte werden hervorgehoben – das sind letztendlich Rationalisierungen durch Zusammenlegung von Abteilungen und Reduzierung von Beschäftigten.

Weiterhin besteht die konkrete Befürchtung, daß kleine, nicht so lukrative Bereiche den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Abteilungen sind die, daß sie einseitig zu Rationalisierungszwecken genutzt wurden und zu ei-

ner Verschlechterung für die Nutzer geführt haben. Beispiele dafür sind die Zusammenlegungen der EDV- und Wirtschaftsabteilung des Bürgerhospitals und des Krankenhauses Bad Cannstatt.

Für die Mitarbeiter der Abteilungen bedeuten diese Synergieeffekte eine enorme Arbeitsverdichtung, zum Teil lange Wegezeiten zwischen ihren Einsatzorten, die zur Erledigung der konkreten Arbeiten natürlich fehlen und außerdem eventuell die Unsicherheit des Arbeitsplatzes.

Für die Nutzer bedeutet es, daß vor Ort kein Ansprechpartner vorhanden ist, daß aus kurzen unbürokratischen Wegen wieder lange Wege werden. Letztendlich verstärken dann auch hier die ungelösten Probleme den Arbeitsdruck.

In der Gemeinderatsvorlage gibt es kein schlüssiges Konzept, wie ein solches Überwiegen von finanziellen Betrachtungsweisen verhindert und Qualitätsziele zumindest gleichberechtigt durchgesetzt werden können. Die ÖTV fordert ein solches Konzept vor der Zusammenlegung. Wenn die Definition und Umsetzung der Qualität der Versorgung dem freien Spiel der (Markt-)Kräfte überlassen wird, steht am Ende eine Verschlechterung der Qualität der Grundversorgung für die breite Masse der Bevölkerung und die Herausbildung von lukrativen Sonderangeboten für die Reichen.

Wir stellen eine Frage anderer Art: Wenn die Stadt Stuttgart Synergieeffekte mit der Zusammenfassung von Kliniken nutzen will, warum holt sie dann nicht die an die Sana verpachtete Herzchirurgie zurück in städtische Regie? Dies wäre ein medizinisch wichtiger und ein lukrativer Bereich, der ohne Not privatisiert wurde, und an dem sich die Sana (noch) eine goldene Nase verdienen kann.

Soweit die Stellungnahme der ÖTV. Auch die Chefarzte sprachen sich in einer Stellungnahme gegen das Großklinikum aus. Sie befürchten, daß die versorgungsentscheidende Patientennähe in einem zentralen Klinikum verloren geht, dadurch daß ökonomische Aspekte Priorität erhalten. Wirtschaftlich unattraktive Bereiche wie z.B. HIV-Patientenversorgung oder Spezialgebiete der Kinderheilkunde könnten dadurch leiden.

Ferner wendet sich die ÖTV gegen die geplante weitere Machtanhäufung in der Hand zweier Sana-Manager. Dagegen fordert die ÖTV, daß die Betriebsleitung gleichberechtigt von den Krankenhausdirektoren der 4 Krankenhäuser und dem Manager wahrgenommen wird. Der Manager sollte allerdings nicht mehr von der Firma Sana gestellt werden, sondern in einem regulären Anstellungsverhältnis zur Stadt stehen. *evo*

Neues Überwachungsgesetz droht

Die jüngsten Äußerungen zur Telekommunikationsüberwachung im Internet und die geplante Rechtsverordnung nach Paragraph 88 des Telekommunikationsgesetzes stößt auf massive Kritik der TeilnehmerInnen des 9. JournalistInnen-Tages der IG Medien Baden-Württemberg, der in Schwenningen unter dem Motto „150 Jahre Badische Revolution – von der Pressfreiheit zum Lauschangriff“ stand.

Franziska Hundseder, Sprecherin des Bundesvorstandes der Fachgruppe Journalismus, warnt vor der Verabschiedung einer Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV), die die Abhörerlaubnis auf Faxe, Datennetze und Betriebe, die mehr als 20 Telefonnebenstellen haben, übertrage. Informantenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht für JournalistInnen werden damit unmöglich, so die Gewerkschafterin. „Die Presse kann ihrem Auftrag, Dinge aufzudecken, die unter den Teppich gekehrt werden sollen, nicht mehr nachkommen“, sagte Hundseder und forderte die JournalistInnen in allen Medien auf, diesmal frühzeitig den Protest zu organisieren und nicht erst dann, wenn das Gesetzesvorhaben im Bundestag zur Verabschiedung ansteht.

Die TeilnehmerInnen des 9. JournalistInnen-Tages forderten darüber hinaus von einer neuen Bundesregierung die Rücknahme der Grundgesetzänderungen im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Großen Lauschangriff, diese seien ein Schritt hin zum Überwachungsstaat.

Bezogen auf die innere Pressefreiheit und die Entwicklung der journalistischen Berufsbilder im Zusammenhang mit Multimedia, On-line-Zeitungen und dergleichen, fordern die Journalisten eine strikte Trennung von Informationen und Werbung bzw. Sponsoring. Die Rückschau zum Kampf um die Pressefreiheit vor 150 Jahren in Baden zeige, daß diese immer wieder neu erkämpft werden müsse und immer wieder neu in Gefahr sei. Deshalb sei die Rückbesinnung im redaktionellen Alltag auf die journalistischen Tugenden der Ehrlichkeit, der Trennung von Journalismus und Unterhaltung, Verteidigung der Öffentlichkeit und Intimität notwendiger denn je. Dazu gehöre auch die Forderung nach der neuen Langsamkeit im Journalismus. Schneller Journalismus stehe in der Gefahr, zum Komplizen der Täter zu werden. Berichte und Reportagen über die Verlierer in der Gesellschaft seien ebenso notwendig wie die tägliche Berichterstattung über die Probleme der Globalisierung. Die Berichterstattung müsse auch zu Solidarität aufrufen und Solidarität ermöglichen. Problematisch wird

von den JournalistInnen die schleichen-
de Pressekonzentration im Lande ange-
sehen. Der baden-württembergische
Landtag wurde aufgefordert, hier end-
lich eine Enquete-Kommission einzuset-
zen, die sich mit der Entwicklung der ge-
druckten Presse im Lande befaßt.

PM IG Medien Baden-Württemberg,
27.7.1998

**Bayerischer Landesbezirkstag der IG Me-
dien diskutiert Globalisierungspolitik**

Gegen die von der CSU unterstützte Tariffucht

Den Auftakt zum bayerischen Landesbe-
zirkstag der IG Medien im fränkischen Hers-
bruck machten die Thesen des Wirtschafts-
journalisten Joachim Bischoff zum „globali-
sierten Wettbewerb – Gewerkschaften zwi-
schen Anpassungszwang und internationa-
ler Kooperation“.

Seine Prognose: Gewerkschaften haben
eine Chance, wenn sie den Mut zum Pa-
radigmenwechsel aufbringen. Wenn Tar-
rifpolitik nicht mehr greife, müsse auf ge-
setzliche Mindeststandards gesetzt wer-
den.

Trotzdem, so ein Redebeitrag zum Ge-
schäftsbericht, „müssen wir Tariffucht
öffentlich an den Pranger stellen“. So
müsse etwa dem aktuellen Vorstoß aus
der CSU, das Tarifvertragsgesetz einzu-
schränken, öffentlich begegnet werden,
„um einer Bundesinitiative der Bayeri-
schen Staatsregierung vorzubeugen.“

Eine bessere Vernetzung der Betriebs-
räte und Belegschaften wünschte sich ein
Redner. Andere forderten ein stärkeres
Engagement für Arbeitslose sowie den
Ausbau des Angebots für die wachsende
Zahl freiberuflicher Mitglieder.

Mit dem Geschäftsbericht gab es auch
einen Abschied: Die stellvertretende
Landesbezirksvorsitzende Ruth Gruber
trat nicht mehr zur Wahl an. Gegen die
Empfehlung des Gewerkschaftsrates, die
Vorstände auf zwei Hauptamtliche zu re-
duzieren, entschied sich die Mehrheit der
86 Delegierten für die Wiederbesetzung
der Stelle. Einzige Kandidatin: Christa
Hasenmaile, die damit nach fünfjähriger
Tätigkeit im Bildungswerk Springen
nach Bayern zurückkehrt. Wiederge-
wählt wurde der Landesbezirksvorsit-
zende Walter Eßbauer und sein Stellver-
treter Ernst Späth.

In der folgenden Antragsberatung gin-
gen ohne Diskussion Anträge zum Erhalt
der 35-Stunden-Woche, zur Tarifforde-
rung nach Freistellung aus persönlichen
Gründen, zur Einführung eines gesetzli-
chen zweiwöchigen Bildungsurlaubs –
auch in Bayern, wo es keinen Bildungs-
urlaub gibt –, gegen den bayerischen Son-
derweg beim Paragraphen 218 durch. Mit
Nein stimmte die Konferenz zum Thema
Höchstgrenze der Mitgliedsbeiträge und
beim Münchner Antrag, den geplanten



„Der Euro – die stabile Nachfolgewährung für die D-Mark“: Zu diesem Thema referierte am 16.7.1998 in der Augsburger Uni-Mensa auf Einladung des RCDS kein geringerer als Bundesfinanzminister Theo Waigel. In der gut gefüllten Mensa hatten sich auch die hier am Eingang abgebildeten „Banklobbyisten“ eingefunden, um Herrn Waigel zu unterstützen und bei den zukünftigen Arbeitslosen schon ’mal für die richtige Euro-Stimmung zu sorgen, als Herr Waigel gerade zum Thema Stabilität kam. Doch zur bösen Überraschung der beiden befand Herr Waigel, daß der Inhalt des Transparentes Unsinn sei, daß er hoffe, sie seien nicht von der wirtschaftlichen Fakultät, daß weiß/blau wenigstens seine Farben seien, und daß die beiden bleiben könnten, wenn sie eben meinten. Das taten die dann auch eine Weile, fanden aber doch, daß das Verhalten von Herrn Waigel eine äußerst kontraproduktive Entgleisung sei und beschlossen, vorzeitig zu gehen. Deswegen kann an dieser Stelle leider nicht zum Inhalt der Veranstaltung berichtet werden.
aho, Berichte aus Augsburg + Schwaben

Zusammenschluß mit HBV, DPG, GEW, ÖTV und DAG abzulehnen. Anträge zu seiner Gestaltung und zu Vorbedingungen gingen durch. Die Neustrukturierung der Gewerkschaften war denn auch Thema der lebhaften, abschließenden Diskussion mit Gerd Nies und Vertretern der vier DGB-Gewerkschaften.

Veronika Mirschel, aus Druck+Papier,
Zeitung der IG Medien, August 1998

Aus einem „Mittelbetrieb“

Börsengang & Arbeitsbedingungen

Auf der Bilanzpressekonferenz schwelgte der Vorstand der Sick AG aus dem südbadischen Waldkirch in Superlativen:

Der Konzernumsatz des weltweit tätigen Unternehmens ist 1997 um 19,9% auf 467 Millionen DM gestiegen. Der Ertrag kletterte um sagenhafte 65% auf konzernweit 48,7 Mio. DM, der Reingewinn nach Steuern lag immerhin noch bei stattlichen rund 24 Mio. DM. Der Termin für den geplanten Börsengang stehe noch nicht fest, so Vorstandsvorsitzender Reiche. Offensichtlich plant der Konzern weitere Zukäufe oder Beteiligungen: „Nur für die ganz großen Akquisitionen ist die Kriegskasse noch nicht ausreichend gefüllt, der Gang an die Börse

bleibt deshalb langfristiges Ziel.“ (Bad. Zeitung, 27.6.98)

Schichtarbeit bei der Sick AG

4.30 Uhr: der Wecker klingelt. Ich schleiche ins Bad, damit meine Familie in Ruhe weiter schlafen kann. Frühstück ist nicht drin, da mir der Schlaf wichtiger ist. Um 5 Uhr geht die Frühschicht los. Zum Glück habe ich nur 5 Minuten zum Sick.

9 Uhr: Vesperpause. Der Magen knurrt schon lange ...

12.15 Uhr: Feierabend.

Die Mittelschicht geht von 12 bis 19.15 Uhr.

Ich muß um 11 Uhr Mittagessen – eine Stunde zu früh!

Die Spätschicht beginnt um 19 Uhr. Vereinstätigkeiten oder Treffen mit Freunden sind in der Spätschicht nicht möglich. Nachts ist es ruhiger zu arbeiten, es nervt kein Vorgesetzter. Jedoch bei Problemen ist man auf sich alleine gestellt. Es gibt keine Möglichkeit, mit dem Betriebsrat Kontakt aufzunehmen. Um 23 Uhr machen wir eine Pause, man muß ja was essen, es geht noch bis 2.15 Uhr!

Manche Kollegen haben mit dem Magen Probleme, wegen der ungewöhnlichen Essenszeiten. Andere haben wieder Probleme mit dem Schlafen. Manchen macht es gar nichts aus.

Nun die Vor- und Nachteile der Schichtarbeit, d.h. der Spätschicht (19 bis 2.15 Uhr): Vorteile für den Arbeitge-

ber sind längere Maschinenlaufzeiten, größere Produktivität, preiswertere Produktion. Vorteile für uns Schichtarbeiter: wir erhalten Schichtzulage: 12 bis 19 Uhr: 20%, 19 bis 6 Uhr 30%. Früher war die Nachtschichtzulage mal steuerfrei, das ist heute leider nicht mehr so, ein Teil wird versteuert. Nachteile für den Arbeitgeber: keine! Nachteile für uns: Die Freizeitaktivitäten leiden darunter, die Familie auch, und unter Umständen die Gesundheit. In der Spätschicht ist man auf das Auto angewiesen, nachts um 2.15 Uhr fährt kein Bus mehr.

Folgende Schichtmodelle gibt es bei Sick:

2er oder 3er Schicht CNC: • 5 bis 12.15 Uhr • 12 bis 19.15 Uhr • 19 bis 2.15 Uhr (Die Pause wird bezahlt).

3er Schicht SMD: • 5 bis 12.15 Uhr • 12 bis 19.15 Uhr • 19 bis 4.15 Uhr (Montag bis Donnerstag)

Der Wechsel erfolgt wöchentlich. Die Laufzeit der 3er Schicht ist 1 Jahr und muß dann erneuert werden. Der Betriebsrat war gegen die lange Nachtschicht in der SMD-Abteilung, aber die SMD-Mannschaft wollte es unbedingt so haben.

Die 2er-Schicht ist in Ordnung, ich kann mir nicht mehr vorstellen normal zu arbeiten und will es auch nicht.

Zuschrift ans VK-Info

Tatort: ein GB-Sekretariat bei Sick

Die Kollegin meldet sich rechtzeitig vor Beendigung ihres dreijährigen Mutterschutzes bei der Firma, um ihren Rückkehrwillen auf ihren Arbeitsplatz zu bekunden. Die Personalabteilung versichert, man werde ihr Bescheid geben. Als dies nicht geschieht, meldet sich die Kollegin erneut und erhält die Auskunft, wieder von der Personalabteilung: sie könne noch zwei Monate länger zu Hause bleiben (ohne Bezahlung!). Danach ruft die Kollegin wieder an und bringt unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie jetzt die ihr gesetzlich zustehende Arbeit wieder aufnehmen will.

Es kommt zu einem „Gespräch“ zwischen dem inzwischen neuen Vorgesetzten und einer Mitarbeiterin der Personalabteilung, das eher einem Verhör gleicht: „Wie stellen Sie sich denn ihre Arbeit vor? Sie müssen wissen, daß sich hier sehr viel geändert hat und die Anforderungen enorm gestiegen sind. Wir verlangen insbesondere hohe Flexibilität in punkto Arbeitszeit, da kann es auch mal 22 oder 23 Uhr werden oder es muß mal am Samstag oder Sonntag gearbeitet werden. Überlegen Sie sich das gut. Und überhaupt: wie steht es mit Ihren EDV-Kenntnissen? Es hat sich soviel geändert, da sind Sie sicher nicht auf dem Laufenden.“

Das Ende vom Lied: ein Aufhebungsvertrag wird auf den Tisch geschoben!

Inzwischen läßt sich die Kollegin anwaltlich vertreten und wird auch vom Betriebsrat unterstützt.

Aus: VK-Info 1/98 der IG Metall bei Sick

Es berichten die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat von FAG Kugelfischer der IGM

Asienmärkte eingetauscht gegen Arbeitsplätze

Im Rahmen der gesetzlichen Ladungsfrist wurde für eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung zum 28.7.1998 nach Frankfurt geladen. Einziger Tagesordnungspunkt war die Bildung eines Joint-Ventures (dauernder Zusammenschluß von Unternehmen zum Zweck der gemeinsamen Ausführung von Projekten, die von einem Unternehmen allein nicht realisiert werden könnten [Duden]), mit dem koreanischen Wälzlagerhersteller HAN-WHA (HWMC). Dieses Unternehmen ist mit einem Marktanteil von 40% auf dem koreanischen Wälzlagermarkt vertreten, hat Zugangsmöglichkeiten zum südostasiatischen Markt und ist derzeit Zulieferer zu den großen koreanischen Automobilherstellern.

Ausgehend von dieser Information des FAG-Vorstandes fand am 23.7.1998 eine Vorbesprechung mit allen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat und den Herren Dr. Kreher, Dr. Loos und Konstantinou (Vorstand OH) statt. Nach dem Vortrag der Fakten durch den FAG-Vorstand und gezielten Nachfragen der Arbeitnehmervertreter brachen heftige Kontroversen auf. Ausgangspunkt dieser Kontroversen waren die negativen Beschäftigungswirkungen für die Standorte Schweinfurt und Elfershausen: ca 120 Arbeitsplätze in Schweinfurt, ca. 55 Arbeitsplätze in Elfershausen.

Vom Vorstand der FAG wurde – nach entsprechenden Nachfragen der Arbeitnehmervertreter – dargestellt, daß durch das Zusammenwirken von verschiedenen Projekten (Verlagerungen innerhalb des Konzerns, out-sourcing) der Standort Elfershausen nicht mehr aufrechtzuerhalten sei (ca. 380 Arbeitsplätze) ...

Am Freitag, dem 24.7. fanden mehrstündige Gespräche unter Beteiligung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und zweier Betriebsräte von Elfershausen statt. Vorbehaltlich der Zustimmung der betroffenen Betriebsratsgremien wurden die Eckpunkte von verschiedenen Verträgen verhandelt und besprochen.

- Der Standort Elfershausen bleibt bis zum 31.12.2001 erhalten

- Die in Elfershausen vorhandenen Flächen werden für nötige bauliche Erweiterungsinvestitionen vorgehalten.

- In Elfershausen werden keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen. Die betroffenen Arbeitnehmer werden als Vollzeitbeschäftigte nach geltenden Betriebsvereinbarungen und Tarifvertrag in Schweinfurt integriert.

- Im Zusammenhang mit dem Projekt HANWAH gibt es keine betriebsbedingten Kündigungen in Schweinfurt.

- Spätestens bis zum 31.12.1998 beginnen Verhandlungen über eine Be-

triebsvereinbarung Altersteilzeit gemäß Tarifvertrag

- Alle Auszubildenden werden übernommen

- Bis zum 4. Quartal 1998 werden Verhandlungen über Standortsicherungsverträge aufgenommen.

- Der Zusatztarifvertrag bleibt bestehen.

1. Die Unterzeichnung dieser Verträge war die Vorbedingung für die Position der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat: Jedes Joint-Venture, jede Kooperation, Unternehmensverkäufe oder sonstige Vereinbarungen der FAG mit anderen Unternehmen werden unter dem Vorbehalt der Auswirkungen auf die Beschäftigung in den deutschen Standorten geprüft werden.

2. Das Joint-Venture mit HANWAH ist nach Darstellung des FAG-Vorstandes auf Herz und Nieren durchgeprüft worden.

3. Die Arbeitnehmervertreter sind der Auffassung, daß dieses Projekt das Unternehmen insgesamt stärken wird, daß es zusätzliche Chancen für FAG am koreanischen und südostasiatischen Markt bietet, daß der Zugang zur weltweit agierenden Automobilindustrie verbreitert werden kann und letztlich ein Beitrag zur Stabilisierung der bundesdeutschen Beschäftigung geleistet wird.

Um dieses Joint-Venture haben sich auch andere Wälzlagerfirmen beworben. Wäre FAG leer ausgegangen, hätte das mittelfristig Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet.

4. Dies ist angesichts der sich abzeichnenden Konzentration der Weltautomobilhersteller und des zwangsläufig stattfindenden Konzentrationsprozesses in der Zulieferindustrie ein kleiner Schritt für die weltweite Präsenz der FAG am Wälzlagermarkt.

Die getroffenen Vereinbarungen zur sozialen Absicherung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, besonders in Elfershausen, möchten wir hervorheben. Besonders deshalb, weil für Elfershausen der FAG-Vorstand die Tür nicht ganz zugeschlagen hat und als Erweiterungsfläche ein Hoffnungsschimmer bleibt.

In neun Stunden Betriebsversammlung am Montag brachten die Betroffenen ihre Wut und Enttäuschung zum Ausdruck. Der Standort ist ein Opfer des „shareholder value“. Die Wertsteigerung für die Aktionäre zählt mehr als die Verantwortung für die Region und für die hier verwurzelten Menschen.

Mit kollegialen Grüßen, Gerhard Filges, Bielefeld, Heike John, IG Metall Schweinfurt, Helmut Heinrich, Schweinfurt, Klaus Weingart, Schweinfurt, Werner Neugebauer, IG Metall München

In der Falle der „Nationalrevolutionäre“

Ulla Jelpke

Offener Brief an die Redaktion des Neuen Deutschland

Bonn, den 12.8.1998

Lieber Herr Oschmann, lieber Redakteurinnen und Redakteure des ND, liebe Korrespondentinnen und Korrespondenten des ND!

Mit Befremden habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, daß das ND in seiner Ausgabe vom 31. Juli diesen Jahres Roland Wehl ein Forum gibt, um sich zur Frage „Wie national muß die Linke sein?“ zu äußern.

Meine Bedenken möchte ich im folgenden kurz begründen:

Zur Person:

Wehl ist seit 1984 Redaktionsmitglied der Zeitschrift „wir selbst“, die 1979 von einer Jugendgruppe der NPD gegründet wurde und nationalrevolutionär ausgerichtet ist, sich also positiv auf den „Strasser-Flügel“ innerhalb der NSDAP und auf Ernst Niekisch bezieht. Darüber hinaus unterhält Wehl recht gute Kontakte zur „Jungen Freiheit“. In diesem rechtsextremen Blatt publiziert er nicht nur; wohl nicht ganz zufällig verlegte die JF-Redaktion im Juli 1993 ihren Sitz in die Räumlichkeiten einer Berliner Firma (AMS Allgemeine Mietsysteme), deren Geschäftsführer Wehl zu diesem Zeitpunkt war.

Zur Zeitschrift „wir selbst“:

Die Zeitschrift „wir selbst“ gilt als eines der wichtigsten nationalrevolutionären Organe in der Bundesrepublik. Sie bezieht sich positiv auf die nationalrevolutionäre Strömung der Weimarer Republik, vor allem auf Ernst Niekisch, der sich im unmittelbaren Umfeld der NSDAP bewegte. Die Strategie der Nationalrevolutionäre besteht darin, „das jeweils in der ‚linken Szene‘ umlaufende Vokabular“ (Opitz 1984) geschickt aufzunehmen und dieses mit den eigenen Inhalten zu füllen. Dementsprechend bemüht sich die Redaktion darum, Themen der „Linken“ aufzugreifen und sich damit an einen breiten Adressatenkreis zu wenden. Von besonderer Bedeutung ist das Bemühen, prominente Autoren (vor allem linker Herkunft) für einen Beitrag zu gewinnen. AutorInnen des linken Spektrums oder jene, die sich ehemals innerhalb dieses Spektrums bewegt haben, werden als „publikumswirksame Werber“ mißbraucht (evtl. auch gebraucht) und sollen der Zeitschrift „das anregende Image eines kontroversen Diskussi-

REDAKTIONELLE ANMERKUNG:

Am 31. Juli stellte das „Neue Deutschland“ unter der Fragestellung „Wie national muß die Linke sein?“ den Beitrag des „wir selbst“-Redaktionsmitglieds und „Junge Freiheit“-Autoren Wehl zur Debatte.

Wir dokumentieren einen Offenen Brief an das ND, in dem Ulla Jelpke Stellung zu dem Vorgang bezieht und die strategischen Absichten der sich an die Linke wendenden äußersten Rechten beleuchtet. Der ND-Chefredakteur Oschmann stimmte dem Abdruck seiner Antwort an Ulla Jelpke in den Politischen Berichten leider nicht zu, da es sich, so die Begründung, bei dem Briefwechsel um eine „bilaterale Angelegenheit“ handele. Allerdings gehört die Antwort zur Sache. Ihre wesentliche Botschaft lautet: Das ND druckt den Offenen Brief nicht ab, weil er sich nicht zur Fragestellung der vom ND aufgeworfenen oder aufgegriffenen Debatte, wie national die Linke sein muß, äußere! Bereinigt um die Kritik an Brie und Marcel Braumann dürfe Ulla Jelpke gerne einen Beitrag zur Frage schreiben, ob, daß und wie die Rechte versucht, die Linke zu instrumentalisieren. In der Sache rechtfertigt Oschmann Fragestellung und die Tatsache, daß das ND Wehl und

Personen seiner Couleur ein Forum bietet. Die Kritik daran, wie sie im Offenen Brief oder auch in einem Beitrag von Angela Marquardt in der Jungle World (5.8.) geäußert wird, bringt er in einen Zusammenhang mit Quasi-Berufsverboten oder der Verletzung der Pressefreiheit. Im übrigen treffe die Charakterisierung Wehls – Angela Marquardt erinnert übrigens daran, daß ihn der PDS-Parteitag in Schwerin des Saales verwiesen hat – nicht zu, seine Wortmeldung sei weder ein „Junge-Freiheit“-Artikel noch weise sie ihn als Neonazi aus. Dagegen vermutet er in den Kritikern selbstgerechte Richter, und er vergißt auch den beiläufigen Hinweis nicht, daß in der DDR der Antifaschismus ein Totschlagargument gegen jedwede Kritik gewesen sei. Alles in allem bestätigt seine Antwort die Befürchtung, die Angela Marquardt in der Jungle World äußerte, daß nämlich die Fragestellung: „Wie national muß die Linke sein?“ und der Beitrag Wehls zwei fatale Auslegungen nahelegen: „Entweder, daß Wehl selbst unter ‚die Linke‘ gerechnet wird, oder daß wir Linke uns in der sogenannten nationalen Frage gefälligst die ‚Argumente‘ der Nazis anzuhören hätten.“

scc

onsforums“ verschaffen (Eike Hennig). Dokumentiert werden soll, daß sich (anscheinend oder auch tatsächlich) alle AutorInnen – quer zu den verschiedenen politischen Lagern – darin einig sind, daß die Stärkung der „nationalen Identität“ („Zeitschrift für nationale Identität“ lautet der Untertitel) auf der Tagesordnung steht.

Zur Zeitschrift „Mut“:

Die Zeitschrift *Mut* – ehemals ein rechts-extremes Jugendmagazin – hat eine turbulente Geschichte hinter sich, die ich an dieser Stelle nicht aufrollen möchte. In dem von Siegfried Jäger herausgegebenen Sammelband „Rechtsdruck“ heißt es zusammenfassend: „Mut ist insgesamt zur ‚gemeinsamen Plattform rechter und neofaschistischer Publizisten‘ geworden, darum bemüht, ihre nationalrevolutionäre Ideologie weit in eine konservative bildungsbürgerliche Leserschaft hineinzutragen. Jedes Mittel ist ihr dabei recht.“

Historische Analogien:

Betrachtet man die historische und aktuelle strategische Zielsetzung der nationalrevolutionären Strömung, so ist es nicht verwunderlich, daß VertreterInnen jener Richtung ein ausgesprochen großes Interesse daran haben, Kontakte zur „Lin-

ken“ aufzunehmen, deren Themen und Vokabular aufzugreifen, sich scheinbar positiv darauf zu beziehen, um es in ihrem Sinne „umzubiegen“. In den 70er Jahren versuchten Nationalrevolutionäre, in den Parteigründungsprozeß der Grünen einzugreifen, u.a. mit der von der JN (Junge Nationaldemokraten) initiierten „Grünen Zelle Koblenz“ sowie durch die Thematisierung der Ökologiefraße. Heute verdichtet sich der Eindruck, daß die rechtsextremen Kräfte ein besonderes Augenmerk auf die PDS richten und die Thematisierung der sozialen mit der nationalen Frage verknüpfen.

Eine Chronologie:

- In der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Mut“ (1997) veröffentlicht Marcel Braumann (seit 1994 Sachsen-Korrespondent des ND) einen Beitrag mit dem Titel „Ost-Sehnsucht nach Sozialismus“.
- Wenige Wochen später wünscht sich Marcel Braumann in einem in der „Jun-



Mit sauerem Lächeln: Gregor Gysi stellt die neusten Produkte des Wahlbüros der Presse vor.

gen Freiheit“ abgedruckten Leserbrief „einen intellektuell ernstzunehmenden konservativen Beitrag zur regionalen Identitätssuche (...), der sich vom Euro- und Globalisierungswahn abhebt.“

- In der „Jungen Freiheit“ (14/1998) findet sich eine Vorankündigung auf die Januar-Ausgabe der Zeitschrift „wir selbst“, die „grenz-überschreitende“ Beiträge enthalten soll, u.a. von Eibl-Eibesfeldt, Maaz, Braumann, Springmann, Eichberg.

- In der diesjährigen Januar-Ausgabe der Zeitschrift „wir selbst“ publiziert Marcel Braumann (mittlerweile Sachsen-Anhalt-Korrespondent des ND) einen Beitrag unter dem Titel „Genug ist nie genug?“

- Für die Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Mut“ führt Marcel Braumann ein Interview mit André Brie, dem Leiter des Zentralen Wahlbüros.

- ... und nun Roland Wehl im ND!

Alles nur Zufälle?

Beim Durchblättern einer der letzten Ausgaben der „Jungen Freiheit“ (24.7.1998) stieß ich auf einen Beitrag mit dem Titel „Die linke Kritik von rechts“. Hier wird behauptet, DVU und NPD hätten die politische Bedeutung der sozialen Frage erkannt. Die besonderen Chancen für DVU und NPD sieht der Autor darin, daß in Ostdeutschland (im Artikel ist allerdings von „Mitteldeutschland“ die Rede) nur noch die PDS die soziale Frage besetzt und dort Gehör finde. Somit biete sich der Rechten die Gelegenheit, „erfolgreich in dieses Gebiet vorzustoßen und das Terrain zu besetzen, auf dem die Wahlkämpfe entschieden werden.“

Die NPD gibt einerseits vor, sich der sozialen Frage anzunehmen – das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ titelt sogar: „Sozialismus ist machbar“, – andererseits versuchen die Parteien der extremen Rechten, vor allem diejenigen, die in der nationalrevolutionären Tradition stehen oder sich auf diese zurückbesinnen, auf die Parteientwicklung der PDS Einfluß zu nehmen.

Einflußnahme bedeutet: Ausweitung des Adressaten- und Autorenkreises von Publikationsorganen, Übernahme von linken Themen und linkem Vokabular, Umbiegen dieser Terminologie und Einfügen in das rechtsextreme Weltbild. Was wir im Moment beobachten können, weist in diese Richtung.

Daß die nationalrevolutionäre Strömung ihre „Querfrontstrategie“ fortsetzt und den aktuellen Erfordernissen und Bedingungen anpaßt, versteht sich von selbst. Daß jedoch die ND-Redaktion, ND-Korrespondenten wie Marcel Braumann oder der Leiter des Zentralen Wahlbüros, André Brie – wesentlich oder unwissentlich – dieses Spiel mitspielen, führt zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des antifaschistischen und antirassistischen Selbstverständnisses der PDS sowie zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des Politikansatzes, den mein Büro seit

Brie macht es falsch

PDS Wahlkampfleiter Brie hat die Debatte, wie national die Linke sein müsse, mit der unzutreffenden Behauptung angezettelt, sie, die Linke habe die nationale Frage vernachlässigt. Das stimmt nicht. Wahr ist vielmehr, daß die Antworten auf den Komplex nationaler Fragen bis auf den heutigen Tag zwischen links und rechts hart umkämpft sind. Um welche Fragen geht es?

Wo ist die Bundesrepublik Deutschland? Vor dem Anschluß der DDR sagt die Linke: in der BRD. Der Anschluß der DDR und damit verbunden das Verschwinden des besonderen Berlin-Status war ein nationalistischer Triumph der Rechten, die damit nicht zufrieden sind, sondern Nachbarn wie Polen und die Tschechische Republik mit Ansprüchen auf deren Land und Leute konfrontieren, während die Linke darauf besteht, daß die BRD an den jetzigen Grenzen eine Grenze hat.

Wer hat in der BRD das Bürgerrecht? Wer sich infolge Geburt oder Wanderung hier niedergelassen hat, sagt die Linke. Die Rechte meint, wer deutsches Blut hat.

Unterdrücken andere Staaten die BRD? Die Linke ist sich darüber im klaren, daß Wirtschaft und Gesellschaft der BRD aus der Unterdrückung anderer Länder Nutzen ziehen. Die Rechte allerdings pflegt Ansprüche, die zur Militarisierung der Außenpolitik führen. Die Linke tritt dagegen für die Zivilisierung der Außenpolitik ein.

Werden innerhalb der BRD Menschengruppen wegen ihrer nationalen Herkunft politisch unterdrückt? Die Linke wird hoffentlich niemals müde, gegen die politische Rechtlosigkeit der Zugewanderten anzukämpfen, es ist dies eine der entscheidenden politischen Fragen nationalen Zuschnitts, sie stellt sich auf dem ganzen Gebiet des Staates und prägt das Leben aller Bewohner.

War der Anschluß der DDR ein Akt der nationalen Befreiung? Die Rechten meinen: Jawollja! Links meint man eher, daß die angeschlossenen DDR-Bürger einem System von Zurücksetzungen ausgesetzt sind. Die Produktionsmittel gehören überwiegend Westlern, und in den öffentlichen Einrichtungen haben Westler die Führung und das Sagen. Die PDS hat dazu einen ganzen Komplex politischer Forderungen, etwa zum Überleben und zur Stärkung von Genossenschaften, von kommunaler Selbstverwaltung und politischer Demokratisierung sowie nach der Beendigung der rechtlichen Benachteiligungen.

Die Behauptung, die Linke habe den Komplex nationaler Fragen den Rechten überlassen, ist der Versuch, sich an der Kontroverse mit den Rechten vorbeizuschwindeln. Wenn der Meinungskampf, der jetzt im ND brutzelt, dazu führt, daß man von der PDS glaubt, sie meine, die Nation werde den angeschlossenen Brüdern und Schwestern schon helfen ... Also, das ist nicht auszudenken! Durch Hilfsversprechen unter Berufung auf den nationalen Zusammenhalt haben Kohl, Waigel, Genscher so viele Menschen im Osten um Volksvermögen und Selbstverwaltung brachten, das dürfte nicht dazu geführt haben, daß Versprechungen auf nationaler Basis im Osten glaubwürdiger werden. – Wie national muß die Linke sein? In Abwandlung eines alten Spruchs: Von Kohl lernen, heißt Unterliegen lernen. Im Ernst: Die Situation ist verkehrt. Gerade weil man bis an den Rand der Gewißheit hoffen darf, daß der Anhängerkreis der PDS seine Hoffnung nicht auf Nationalismus setzt, muß man befürchten, daß Andre Bries Versuch, aus der trüben rechten Soße ein paar Stimmen zu fischen, die Wahlchancen der Linken verschlechtert und die Wahlchancen der Rechten verbessert. Das alles kann korrigiert werden, aber es pressiert. maf

Jahren verfolgt. Aber nicht nur dies: Auch Antifa-Initiativen wird dadurch ihre politische Arbeit erschwert.

Im Moment kann man beobachten, daß die Unionsparteien und auch die SPD Themen wie „Ausländerkriminalität“ und „innere Sicherheit“ aufgreifen, um den Parteien am rechten Rand Konkurrenz zu machen. Die PDS sollte deutlich machen, daß sie nicht gewillt ist, „nationale Themen“ zu Wahlkampfzwecken aufzugreifen. Im Gegenteil: In einer Situation, in der Parteien versuchen, sich bei den Rechten anzubiedern, sollte die PDS ihr Profil als antifaschistische und antirassistische Partei schärfen.

Vor wenigen Wochen haben Parteivorstand und Parteirat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die meines Erachtens in die richtige Richtung weist:

„Die PDS appelliert an alle demokratischen Parteien und Kräfte in diesem

Land, öffentlich und sichtbar jede Zusammenarbeit mit fremdenfeindlichen Kräften und rassistischen Kräften abzulehnen, sich von deren Propaganda und Hetze aktiv und öffentlich zu distanzieren und jeder – auch indirekten – Duldung dieser rassistischen Politik entgegenzutreten. Wir fordern alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, ein Abkommen zu schließen bzw. eine öffentliche Selbstverpflichtung einzugehen, in den Wahlkämpfen keine Losungen der Rechtsradikalen zu übernehmen, sich von ihren Inhalten klar zu distanzieren und sie nicht salonfähig zu machen.“

Wie lassen sich die oben beschriebenen „Merkwürdigkeiten“ mit den Prinzipien dieser Erklärung vereinbaren. Wie steht die ND-Redaktion zum Text dieser Erklärung?

Mit solidarischen Grüßen Ulla Jelpke

Wie die Regierung Kohl/Kinkel 97 % der in diesem Land lebenden Minderheiten die Schutzrechte internationaler Abkommen verweigert

Von Gıyas Sayan

Parteivorstand und Bundesparteirat der PDS haben am 4. Juli in Magdeburg in einer Erklärung „Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – für Toleranz und solidarisches Miteinander“ (dokumentiert in *Politische Berichte* 14 – Red.) sich deutlich gegen die von faschistischen Parteien wie der DVU im Verein mit den Unionsparteien, dort vor allem der CSU, geschürte Fremdenfeindlichkeit in diesem Land ausgesprochen. In Punkt 5 dieser Entschließung heißt es:

„Der Europarat hat im letzten Jahr eine Konvention zum Schutz von Minderheiten beschlossen. Die Bundesregierung hat diese Konvention zwar ratifiziert, aber (wieder einmal) mit dem Vorbehalt, als ‚Minderheiten‘ anerkenne sie nur Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma! Damit fallen 7 Millionen Menschen in diesem Land, die ohnehin dem deutschen Ausländerrecht unterliegen, nicht unter den Schutz und die Rechtsansprüche der Minderheitenkonvention des Europarats! Wir fordern: Die Konvention des Europarats muß für alle Minderheiten in diesem Land gelten!“

Ich denke, daß Parteivorstand und Bundesparteirat der PDS damit eine wichtige innen- und auch außenpolitische Kritik an der herrschenden Politik angesprochen haben – eine Kritik, die von den InnenpolitikerInnen der PDS in Bund, Ländern und Gemeinden weiter verfolgt werden sollte.

Eine Beratung im Bundestag ...

Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Ulla Jelpke, hatte genau dieselbe Forderung wie jetzt von Parteivorstand und Parteirat bereits bei der Beratung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen, einer anderen Konvention des Europarats, im Bundestag am 7. Mai dieses Jahres erhoben und die Migrations- und Asylpolitik der Bundesregierung dabei scharf angegriffen. Sie erklärte unter anderem:

„Ich frage mich, wie die Bundesregierung folgende widersprüchliche Realitäten miteinander vereinbart: Einerseits stellt sie sich anläßlich der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Eu-

ropäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen als freundliche Schützerin von Minderheiten dar, während sie andererseits eine Ausländer- und Asylpolitik betreibt, die – diplomatisch ausgedrückt – mit diesem Anspruch wohl kaum zu vereinbaren ist. Eine Reform des völkischen Staatsangehörigkeitsrechts ist bisher mit allen Mitteln verhindert worden, und auch ein Diskriminierungsgesetz, das nicht nur den sogenannten nationalen Minderheiten Schutz bietet, ist nicht durchsetzbar.“

Tatsächlich hat die Bundesregierung

dig im Sinne des Abkommens sein sollen.“

Soweit die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsgruppe. Man/frau sieht also: Die Verweigerung von Minderheitenrechten in diesem Land durch die Bundesregierung hat Tradition und System.

„Germanisierung“ im Innern, völkische Politik nach außen

Eine schmutzige Tradition, denn die deutsche Minderheitenpolitik verfolgt nicht nur die „Germanisierung“, die erzwungene Assimilierung von Minderheiten im Innern, sondern auch eine völkische, destabilisierende Politik nach außen. Ihr geht es einzig und allein darum, angeblichen oder auch wirklichen „deutschen Minderheiten“ im Ausland Sonderrechte zu gewähren, um sie so enger an den deutschen Staat zu binden und so die deutsche Staatsmacht zu stärken. Schon bei der Beratung über das – bis heute geltende – deutsche (Bluts-)Staatsbürgerschaftsgesetz im Reichstag im Jahr

bei der von Ulla Jelpke hier angesprochenen „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ den gleichen schmutzigen Trick angewandt wie bei dem von Parteivorstand und Bundesparteirat angesprochenen „Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten“.

Wieder Ulla Jelpke: „Der Begriff der nationalen Minderheit ist im Übereinkommen des Europarats nicht definiert, deshalb hat die Bundesregierung eine Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht, daß die zu schützenden Gruppen als wichtigstes Kriterium die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen müssen. Nationale Minderheiten sind demnach nur die Dänen und die Sorben. Auf die Friesen und die Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit wird das Abkommen großzügigerweise angewandt, weil sie ‚traditionell heimische Volksgruppen‘ sind. Damit ist der Kreis der Schutzwürdigen auf 240 000 Personen beschränkt – ein Witz angesichts der im Bundesgebiet lebenden 7 Millionen Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die, nur weil sie kein deutsches Blut in ihren Adern haben, nicht schutzwür-

1912 (dieses völkische Staatsbürgerschaftsgesetz besteht also inzwischen seit 86 Jahren fast unverändert!) beschrieben Abgeordnete der damaligen Regierung diese Absichten ganz offen. Es gelte, „den Reichsgedanken über die Grenzen des Reiches hinauszutragen“, oder, wie der Abgeordnete der damaligen Reichspartei, von Liebert, formulierte: „... die Hauptsache besteht darin, daß wir unsere Reichsdeutschen ins Ausland, das größere Deutschland, wie es Seine Majestät der Kaiser genannt hat, inniger an die Heimat fesseln, daß die Deutschen sich stets unter dem Schutz des mächtigen Reiches fühlen und daß andererseits keine Seele unseres Volkstums verloren geht.“ (aus dem Reichstagsprotokoll vom 27.2.1912)

Zurück zu Ulla Jelpke am 7. Mai im Bundestag: „Auch die Einbindung der Minderheitenpolitik in die Bestrebungen zur Revision der deutschen Ostgrenzen hat eine lange Geschichte, die bis weit vor 1949 zurückreicht. Darauf näher einzugehen, fehlt hier leider die Zeit; ich verweise aber auf unsere oft vorgebrachte Kritik an der revanchistischen Politik der Vertriebenenverbände und deren Förde-



rung durch die Bundesregierung.

Einem Satz der Bundesregierung kann ich voll und ganz zustimmen: 'Der Umgang mit nationalen Minderheiten ist eine Meßlatte für Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft'. Meine Antwort auf die Frage nach dem erreichten Grad von Freiheit und Demokratie in der bundesdeutschen Gesellschaft fällt allerdings – wie deutlich geworden sein sollte – ganz anders aus als die der Bundesregierung.“

Meine eigenen Erfahrungen als (kurdischer) „Einwanderer“ in diesem Land und meine langjährige Arbeit mit Migrantinnen und Migranten in diesem Land bestätigen die Kritik von Ulla Jelpke voll und ganz. Auch in anderen Parteien, in Flüchtlings- und Migrantengruppen wird diese Kritik seit Jahren erhoben – wobei die MigrantenpolitikerInnen anderer Parteien sich zumeist aus Gründen der Parteiräson nur hinter vorgehaltener Hand äußern.

Minderheitenrechte für *alle* sprachlichen und kulturellen Minderheiten!

Dieser undemokratischen Politik der Bundesregierung muß die PDS entgegenreten!

Die Anwendung des Rahmenübereinkommens des Europarats und anderer internationaler Konventionen zum Schutz von Minderheiten auf nur 240 000 der insgesamt 8 bis 9 Millionen Menschen nichtdeutscher Herkunft, die in diesem Land leben (davon 1 bis 1,5 Millionen mit deutschem Paß, ca. 7 Millionen ohne deutschen Paß) stellt eine durch nichts zu rechtfertigende Diskriminierung von etwa 97% der nichtdeutschen Menschen in diesem Land dar. Sie bringt diese Menschen unter unzulässigen Assimilationsdruck, verweigert ihnen die Gleichstellung mit anderen Minderheiten und verwehrt ihnen den Genuß aller in dem Rahmenabkommen genannten legitimen Rechtsansprüche von Minderheiten.

Die von der Bundesregierung vorgenommene Begrenzung der Anwendung des Abkommens auf die Minderheiten der Dänen, Sorben, Friesen, Roma und Sinti schafft selbst unter den deutschen Staatsangehörigen Minderheiten verschiedenen Rechts, nämlich Angehörige der dänischen, sorbischen, friesischen usw. Minderheit, auf die das Abkommen Anwendung findet, und deutsche Staatsangehörige türkischer, kurdischer, arabischer, italienischer, polnischer oder anderer Herkunft, auf die das Abkommen keine Anwendung findet. Dies ist ein offensichtlicher Verstoß gegen das allgemeine Diskriminierungsverbot in Artikel 3 des Grundgesetzes, der sofort abgestellt werden muß.

Darüber hinaus ist selbst in dem Rahmenübereinkommen des Europarats nirgendwo eine Verknüpfung von Minderheitenrechten und Staatsangehörigkeit vorgenommen worden. Die von der Bundesregierung durch ihre absurde „Definition“ von Minderheiten vorgenommene Begrenzung seiner Geltung auf gera-

de 240 000 Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist deshalb auch ein Verstoß gegen Geist und Buchstaben des Abkommens.

Hinzu kommt, das gerade die Minderheiten ohne deutsche Staatsangehörigkeit in diesem Land besonderen Angriffen ausgesetzt sind. Sie sind die Hauptopfer rechtsradikaler Übergriffe (12.000 Übergriffe allein in 1997), dienen immer wieder als Sündenböcke für unerwünschte gesellschaftliche Entwicklungen, können ihre Sprache und Kultur nur unter großen Schwierigkeiten weiter pflegen und unterliegen zudem zahlreichen Sondergesetzen bzw. Sonderbestimmungen (Ausländergesetze, Bundesbeamtenrahmengesetz, Arbeitsförderungsgesetz, Sozialgesetzbuch usw.) Sie sind deshalb in besonderem Maße auf den Schutz des Rahmenübereinkommens des Europarats angewiesen.

Die Bundesregierung rechtfertigt ihre Begrenzung der Anwendung des Abkommens des Europarats auf die oben genannten Minderheiten damit, daß nur diese „dauerhaft“ hier leben. Im Grunde steht dahinter die bekannte und überholte Position z.B. der CSU und noch weiter rechts stehender politischer Kreise, dieses Land sei (trotz millionenfacher Einwanderung seit über 30 Jahren!) „kein Einwanderungsland“. Diese diskriminierende Definition von „dauerhaft“ – die im Grunde jahrhundertelangen Aufenthalt als Vorbedingung für die Anerkennung als Minderheit voraussetzt – ist ein Relikt aus einer schlimmen Zeit (z.B. die Debatte um eine Einwanderungssperre für sog. „Ostjuden“ im vergangenen Jahrhundert) und mit einer weltoffenen Gesellschaft wie der heutigen Bundesrepublik unvereinbar.

Eine Anwendung der Vorschriften des Abkommens des Europarats und ähnlicher internationaler Minderheiten auf alle sprachlichen und kulturellen Minderheiten in diesem Land bedeutet noch keine volle rechtliche Gleichstellung von Deutschen und Ausländern in allen Fragen (z.B. beim Wahlrecht). Sie hat aber folgende wichtige Konsequenzen:

- Schutz vor Assimilationsdruck und Diskriminierung
- Nicht-Diskriminierung beim Zugang zu öffentlich-rechtlichen Medien
- Recht auf Ausübung und Förderung der eigenen (Minderheiten)-Sprache
- Pflege des kulturellen Erbes
- Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Angehörigen der Minderheiten mit der Mehrheit

Die praktische Umsetzung des Abkommens kann sich dabei ohne weiteres an den Erfahrungen mit der Gewährung der Minderheitenrechte für Dänen, Sorben, Friesen, Sinti und Roma orientieren.

Giyas Sayan ist migrationspolitischer Sprecher der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Artikel erscheint (evtl. geringfügig gekürzt) auch in der nächsten Ausgabe der PDS-Zeitschrift DISPUT.

Anmerkungen zu einer Geschichte der Arbeitslosenselbsthilfe

Slums und Kinderarbeit im Deutschland der 20er und 30er Jahre

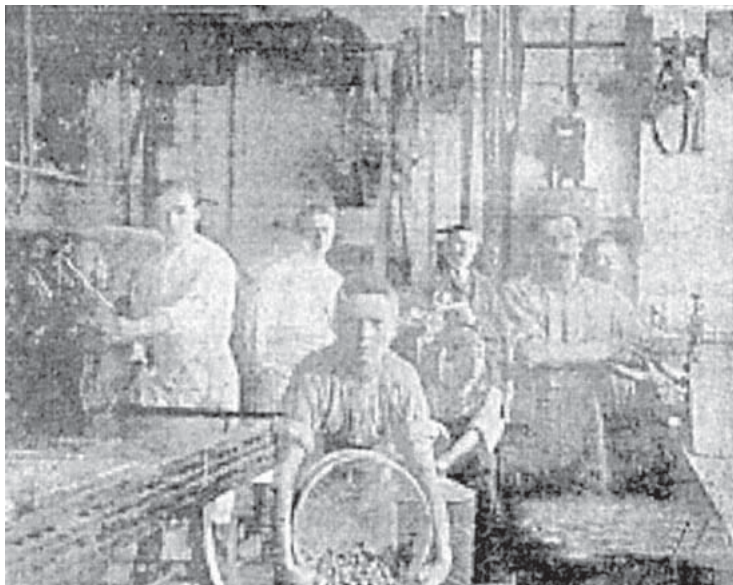
Diesen lesenswerten Beitrag von Anke Schulz, der soziale Verhältnisse in Hamburg anhand einer „Skizze aus dem Lebensbuch“ ihrer Familie schildert, entnehmen wir der überregionalen und unabhängigen Arbeitslosenzeitung „quer“ vom Juni 98. Es handelt sich dabei um die Zusammenfassung eines Vortrages, den die Autorin bereits vor einem Jahr im Rahmen des Projektes „Suche Arbeit, brauche Zukunft“ gehalten hat.

Massenarbeitslosigkeit liegt im Interesse transnationaler Konzerne, die damit den Abbau jener sozialen Rechte durchsetzen können, die die alte Arbeiterbewegung erkämpft hatte. Es ist noch nicht so lange her, daß auch in Deutschland Kinderarbeit als selbstverständlich hingenommen wurde. Auch Slums, Obdachlosen-siedlungen vornehmlich am Rande von Müllhalden gehören zur Lebenserfahrung der Ärmern unter der älteren Generation. Als historischen Hintergrund für die gegenwärtigen Diskurse über Erwerbslosigkeit und Armut möchte ich in einer Skizze aus dem Lebensbuch meiner Familie Zusammenhänge andeuten zwischen Migration und Slumbildung im damaligen Deutschland und Formen von Selbsthilfe und Widerstand innerhalb der alten Arbeiterbewegung.

Die Großeltern

Mein Großvater, 1901 geboren, wurde mit etwa zehn Jahren Vollwaise. Als Straßenjunge und Straßenkämpfer in Jugendgangs von der katholischen Kirche in Donauwörth öffentlich geächtet, mußte er für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen. Auf dem Foto (S. 26) ist der kleine Junge neben anderen Kindern am Arbeiten in einer Bonbonfabrik. Als Jugendlicher schlug er sich durchs Leben mit Gelegenheitsjobs, als Ziegenhirte, mit Mandoline-Spiel, das er sich selbst beigebracht hatte, und wohl auch mit Betteln auf Jahrmärkten und Plätzen. Aus Neugierde wie auch aus Furcht vor dem 1. Weltkrieg wanderte der 13jährige illegal durch Italien, arbeitete dort als Hirte ohne Arbeitserlaubnis, kam aus diesem Grunde ins Gefängnis und wurde wieder nach Deutschland abgeschoben. Reguläre Arbeit fand er als Ungelernter nicht. Als Obdachloser mietete er sich ein Bett für eine Nacht, eine ‚Schlafstelle‘ in Arbeiterfamilien, die den Zuverdienst durch den ‚Kostgänger‘ dringend benötigten.

Meine Großmutter war die älteste von 12 Geschwistern. Der Vater war alkoholkrank, Mutter und Tochter mußten die



Kinderarbeit in einer Bonbonfabrik

Familie alleine durchbringen. Das bedeutete für das Kind Wasser schöpfen, Holz sammeln und beides morgens vor der Schule in die Häuser der Dömitzer Bürgerleute, der Bäcker, Krämer, Apotheker tragen. Eine Ausbildung war für das Mädchen nicht drin, und so blieb der Traum von der höheren Töchterschule ein Leben lang. Sie wurde Dienstmädchen. Die junge Frau verlor gerade in einer Hamburger Bürgerfamilie ihren Job als Magd, als sie meinen Großvater kennenlernte. Der war arbeitslos, überlegte, von Hamburg aus nach Kanada auszuwandern, und hatte gerade wegen illegalen Anzapfens von Strom im Gefängnis gesessen. Um ein selbstgebasteltes Radio hören zu können, hatte er kurzerhand einen Feuermelder angezapft.

Irgendwie organisierte das junge Paar einen ausrangierten Straßenbahnwagen, den sie zu einer Wohnung umfunktionierten. Der Winter 1928/29 soll so kalt gewesen sein, daß sie ihre neugeborene Tochter vor dem Erfrieren retteten, indem sie den Säugling vor den geöffneten Backofen legten. Diese Tochter war meine Mutter.

1931 konnten meine Großeltern den Straßenbahnwagen verkaufen und mit dem Erlös ein Grundstück in Lurup, einem Dorf vor Hamburg, anzahlen. Andere Obdachlose siedelten in dieser Region wild, besetzten die Ländereien, bis die Müllhalden ihnen von der Stadt billig überlassen wurden.

Überlebensstrategien in Zeiten großer Not

So gründete sich dort eine Arbeitslosensiedlung.

Das Land war überwiegend Sumpfland, wurde als Müllhalde der Stadt, auch für Industriemüll, genutzt.

Mit einem aus Schrott zusammengebastelten Handwagen wurde der Müll abgefahren, Gräben wurden gezogen, Muttererde und Baumaterialien illegal organisiert, aus Abbruchholz und Pappe

des Fleckchen Land wurde genutzt, Kleinvieh, Enten, Gänse, Schafe, Gemüse und Obst, alles, was auf dem Hamburger Fischmarkt verkauft werden konnte, wurde organisiert, gehalten, angebaut. Möglich wurde dies auch durch die „Müllschiebereien“ meines Großvaters: Mit seinem selbstgebastelten Karren, auf dem Foto bereits umgebaut für ein Fahrrad, zog er täglich zu Fuß in die Viertel der „besseren Leute“ und brachte den Bürgersfamilien den Ascheimer, den Müll, die Küchenabfälle aus dem Haus, bot seine Waren an, nahm Küchenabfälle mit als Viehfutter, steckte gegen Entgelt Gardinen auf, klopfte Teppiche und konnte endlich über „Bodenrummel“, also Entrümpelungen, an Trödel herankommen, den er weiterverkaufen oder umtauschen konnte. Dabei verdiente er entscheidend weniger als ein Hilfsarbeiter.

Meine Großmutter ging in den „besseren Gegenden“ von Tür zu Tür und verkaufte Blumen aus dem Garten. Auch das brachte nicht viel ein. Um die Not zu bewältigen, mußte das Kind mitarbeiten. So mußte meine Mutter als Schulkind täglich, auch sonntags, Drangeimer und etwa dreißig Kilo schwere Säcke voller Kartoffelschalen von der etwa acht Kilometer entfernten Kaserne zu Fuß mit einem selbstgebastelten Handwagen abholen, die ge-

eine Hütte gebaut.

Auf dem Foto ist das Haus bereits recht komfortabel ausgebaut, Fotos aus früheren Jahren habe ich leider nicht gefunden. Aber es zeigt die entscheidende Bedeutung der Selbstversorgung. Meine Großeltern fanden keine Arbeit, und so machten sie sich „selbstständig“. Je-

den Produkte aus der Selbstversorgung getauscht wurden. Vom schweren Tragen litt das Kind an Wachstumsstörungen. Die erwachsene Frau quälte sich ein Leben lang damit herum.

Übergriffe der Nazis auf die Bewohner der Arbeitslosensiedlung gab es zahlreiche; Verwandte, Freunde, Nachbarn kamen ins KZ, wurden ermordet. Der beste Freund meines Großvaters wurde von der eigenen Tochter verraten, nach Neuen-gamme gebracht, weil er BBC gehört hatte. Der Vater meiner Großmutter wurde als „Asozialer“ in einem KZ viehisch ermordet. Von der behinderten älteren Tochter meiner Großmutter meldete das Heim für behinderte Kinder in Schleswig lapidar, sie sei an Masern verstorben.

Die Arbeiterbewegung, die meine Großeltern trug, konnte unter den Nazis nur im Verborgenen gelebt werden und zerbrach letztlich daran.

Tauschhandel, Landbesetzung, Wohnen im Bauwagen, damit bewältigten nicht nur meine Großeltern in der Weimarer Zeit die Not. Meine Großeltern, ihre Verwandten und Freunde, die gegen Kirschen, Hähnchen und Eier Haus und Stall mit bauen halfen, waren überzeugte Aktivisten der Arbeiterbewegung gewesen, im Sportverein, in der Gewerkschaft, in einer vor allem musikalisch lebendigen Kultur von unten. Ihre Erfahrung sichert uns sicherlich kein revolutionäres Subjekt, auch keinen roten Stein der Weisen, wohl aber praktische Hinweise für die Bewältigung eines Alltags inmitten zunehmender Verarmung und Ausgrenzung, für eine auch sinnliche Kultur des Widerstands.

Anke Schulz





Vor 65 Jahren wurde Prof. Theodor Lessing ermordet

Erstes Opfer des Faschismus in der Tschechoslowakei

Bei der Villa „Edelweiß“, am Rande des weltberühmten Kurortes Marienbad (Tschechoslowakei) erscholl am Mittwoch, den 30. August 1933, um 21.30 Uhr zweimal ein Knall. Durch Kopfschüsse wurde der deutsche Emigrant Prof. Dr. Theodor Lessing meuchlerisch ermordet. Zum Zeitpunkt des Angriffs beugte er sich über einen Artikel, der sich – wie alle seine letzten Arbeiten – gegen Faschismus richtete. Er war das erste Opfer der Nazis in der Tschechoslowakei ...

Theodor Lessing war einer von Tausenden deutschen Emigranten – Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten –, die ab Februar 1933 in der Tschechoslowakei Zuflucht gefunden hatten. In den Jahren 1933 bis 1938 hielten sich über kürzere oder längere Zeit in der Tschechoslowakischen Republik auch solche Persönlichkeiten auf wie z.B. Thomas Mann, Heinrich Mann, Stefan Heym, John Heartfield, E. Ollenhauer, W. Sternfeld, A. Zweig, W. Bredel und viele andere.

Theodor Lessing wurde in Nazi-Deutschland sowohl aus politischen wie auch aus rassistischen Gründen verfolgt. Er war ein Antifaschist und ein Jude; er stand der Sozialdemokratie nahe, und es ist bekannt, daß er im tschechoslowakischen Exil auch mit Kommunisten zusammengearbeitet hat. T. Lessing war am 8. Februar 1972 in Hannover geboren. Er war bekannt als ein unermüdlicher Pädagoge, Publizist, Reformator des öffentlichen Lebens, Organisator von Bildungskursen für Arbeiter. Das Verzeichnis seiner Werke enthält eine Reihe von Titeln aus der Philosophiegeschichte, Kulturtheorie, aber auch Poesie, Prosa und Dramen. Jahrelang wirkte er als Dozent der Philosophie und Pädagogisch an der Technischen Hochschule in Hannover, von der er aus politischen Gründen weggehen mußte.

In der Tschechoslowakei entwickelte

Lessing eine so intensive publizistische und öffentliche Tätigkeit, daß er der Aufmerksamkeit der Nazis nicht entkommen konnte. Erinnern wir daran, daß damals viele „sudetendeutsche“ Nazi-Anhänger mit Enthusiasmus die Aufgabe erfüllt haben, die sie aus dem Nazi-Reich bekamen: die Tätigkeit der Emigranten zu verfolgen, ihre Verbindungen und Zentren zu ermitteln und verschiedene Provokationen gegen sie durchzuführen. Von Anfang an wurde auch Prof. Lessing streng beobachtet. Er war aber nur auf seine Arbeit konzentriert und beachtete die eigene Sicherheit nicht. „Wenn sie mich hasen, sehe ich wenigstens klar, daß ich gut handle. Und dann – ich bin doch in glänzender Gesellschaft. Ebenso greifen sie Mann, Einstein, Zweig, Remarque an“, sagte er, als ihm seine Freunde ihre Sorge mitteilten, daß er für die Nazis „unbequem“ ist.

Der „Sorge für Lessing“ nahm sich persönlich der SA-Chef und (damals noch) nahe Freund Hitlers, Ernst Röhm, an. Mit Hilfe seines dichten Netzes suchten die Nazis zuverlässige Leute aus Marienbad und Umgebung, die fähig und bereitwillig waren, den mörderischen Angriff zu vollstrecken. Die Wahl fiel auf zwei Mitglieder der „sudetendeutschen“ Nazipartei DNSAD: Max Eckert und Rudolf Zischke. Die beiden haben sich persönlich in der bayerischen Grenzstadt Tischenreuth mit Röhm getroffen. Sie bekamen dort Anweisungen und auch das Versprechen, daß sich nach der Tat die Reichsstellen um sie kümmern würden.

Gleich nach dem Mord sind die Täter nach Deutschland geflohen. Und gleich haben sie ihre Belohnung bekommen: die Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg und – fünfzig Mark pro Kopf. Während Zischke im Krieg verschwunden ist, ist Eckert 1940 nach Marienbad zurückgekehrt. Hier wurde er nach dem Krieg entdeckt und auch vor Gericht gestellt. Nach 13 Jahren Gefängnis wurde er in die BRD umgesiedelt.

Die Ermordung Prof. Lessings fand einen großen internationalen Widerhall. Ihre Folge war vor allem die Verstärkung der Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Antifaschisten einschließlich noch größerer Hilfe für Emigranten. Und die Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Antifaschisten gehört allgemein zum hellsten Kapitel der deutsch-tschechischen Beziehungen.

Kurz vor seinem Tod hat Prof. Lessing in Prag seine letzte Arbeit herausgegeben, die als sein Testament bezeichnet ist. Sie nennt sich „Deutschland und seine Juden“, und Lessing hat hier u.a. geschrieben: „Ich weiß, mit welchen Waffen Gewaltherrschaft kämpft. Sie hat das Frevelhafteste getan, womit je eine Regierung sich entwürdigte, hat schuldlose Frauen und Kinder eingesperrt, um mißliebige Sprecher mundtot zu machen. Denn wo gäbe es einen Gatten, einen Vater, der nicht selbst die Wahrheit ableugnete, um den Seinen Marter zu ersparen? Aber: Groß ist die Macht der Wahrheit. Und unbesiegbar, wer in ihr lebt und für wie zu sterben vermag.“ e.h.



Lessings Grab auf dem jüdischen Friedhof in Marienbad

Antifaschistische Nachrichten Extra

G 3336 D 3,- DM



DVU...REP...NPD...BFB..., „Pro-DM“

Mit rassistischer und nationalistischer Hetze mobilisieren die rechten Parteien zur Wahl

DVU Seite 3 ... REP Seite 7 ... NPD Seite 10 ... BFB Seite 16 ... „Pro DM“ Seite 24

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

So 23. August: Wahlkampfereignisveranstaltung der CDU zur Bundestagswahl in Dortmund

28. August: CSU-Parteitag in München

29. August: FDP-Parteitag in Bonn soll Wahlauftrag beschließen

29. August: 8. Strausberger Friedensfest Kulturpark am Straussee (bei Berlin)

5. bis 6. September: Widerstand und Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes 1933 bis 1945 - Vorstellungen deutscher Antifaschisten für ein neues Deutschland. Gemeinsame Veranstaltung des Marxistischen Arbeitskreises bei der Historischen Kommission der PDS, der Marx-Engels-Stiftung und der Geschichtskommission der DKP

13. September: Landtagswahl in Bayern

14./17. September: Ordentlicher Bundeskongreß Gewerkschaft der Polizei

21. bis 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

3. Oktober: Einheitsmarkt der PDS in Berlin

16. bis 18. Oktober: 17. Bundeskongreß der Jungen Liberalen (Julis) in Berlin

GEÄNDERT: 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

11. Oktober a.o. Gewerkschaftstag der IG

Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongreß der Jungen Liberalen in Berlin

23. bis 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

24.-29. Oktober: Gewerkschaftstag HBV in Bremen und IG Medien in Würzburg

11.-6. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

9.-13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

8. Dezember: SPD Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

27. bis 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29. bis 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

16./17. Januar 1999: 6 Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

7. Februar 1999 Landtagswahlen in Hessen

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des "Forums" in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln

18./20. Juni 99: Weltwirtschaftsgipfel in Köln

13. Juni 1999 Europawahlen